

Riesaer Tageblatt

Zeitungsschrift
Tageblatt Riesa.
Sammel Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Eheblatt und Anzeiger).

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichtes und der Amtskommissariate beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beauftragte Blatt.

Postredaktion
Dresden 1330.
Girokasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 28.

Donnerstag, 28. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag 10% Karo. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Entnahmestelle: Riesa. Achtjährige Unterhaltungsabgabe „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Sitzungen des Betriebes des Druckerei, der Lieferanteil Notfallkonto und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Herrn Ministerbesprechung in Berlin.

Am heutigen Donnerstag findet im Reichsinnenministerium eine Aussprache zwischen den Reichsinnenministern und den Kultusministern der Länder statt. Ihr Thema ist:

Entpolitisierung der Jugend.

Wie wir erfahren, ist man bei verschiedenen Bändern regierungen über die vor etwa drei Wochen ergangene Einladung zu der Konferenz etwas überwältigt gewesen. Man verpflichtet sich vor allgemeinen Empfehlungen für eine Entpolitisierung der Jugend und, was wichtiger wäre, vor allem der Schulen nicht sehr viel. Ein Antrag für neue einschneidende Maßnahmen liegt aber nicht unmittelbar vor, da die bisherigen Erkläre den Schulbehörden und Kultusministern genügend Handhaben bieten, um gegen politische Auswüchse Jugendlicher vorzugehen. In Preußen ist z. B. noch immer ein Erlass des früheren Unterrichtsministers Voelklin in Kraft, der die Schulen nicht nur bestreit, sondern verpflichtet, gegen Schüler vorzugehen, die in staatsfeindlichen Vereinen und Vereinigungen Mitglieder sind. Wenn von diesem Erlass nicht mehr Gebrauch gemacht wird, so liegt dies an pädagogischen Bedenken, die einer rigorosen Anwendung im Wege stehen. Man kann nicht Angehörigen der höheren Schulen ein Interesse für Politik, das man 16- oder 17-jährigen im Wirtschaftsleben liegenden Lehrlingen und Arbeitern ohne weiteres zubilligt, absprechen. Das einzige, was höher als bisher durchgeführt werden kann, ist eine Ausdichtung der Politik aus dem eigentlichen Schulbetrieb. Aber auch hier wird man wohl das Tragen von politischen Abzeichen, nicht aber Diskussionen verbieten können, die sich aus der Schularbeit von selbst ergeben und den Charakter einer sachlichen Auseinandersetzung der Schüler nicht verlieren. Wichtiger als eine schematische Entpolitisierung der Jugend und Schulen erscheint vielen Kreisen eine echte Politisierung, die an den Problemen nicht vorübergeht, sondern durch Aussprachen im Beisein des Lehrers die gegnerischen Standpunkte der immer irgendwie radikalen Jugend klärt und vertieft. Eine andere Frage ist noch die Entpolitisierung der Lehrerschaft, die überall dort, unter Umständen auch auf dialektischem Wege nach Auflösung pädagogischer Schlämme, herbeigeführt werden sollte, wo der blinde Parteihab und Schlagworte bereits eingesogen sind. Hier wird möglicherweise die Konferenz beim Reichsinnenminister gewisse Anregungen geben können. Nach unseren Informationen beschäftigen die Länder jedoch keineswegs, von sich aus Vorschläge zu machen. Sie warten die Vorschläge des Konferenzberufers ab.

Zusammentritt der Kultusminister.

Berlin. (Rundschau.) Die angekündigte Konferenz der Kultusminister der Länder über die Frage der Entpolitisierung der Schulen ist heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Groener zusammengetreten. Die meisten Länder sind durch ihre Kultusminister persönlich vertreten.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England

finden, wie anders nicht zu erwarten war, an der Hartnäckigkeit des englischen und der Sturheit des französischen Standpunktes gescheitert. Von einer Zusammenkunft zwischen Paval und Mac Donald ist vorläufig nicht die Rede. Sie ist auf einen späteren Zeitpunkt vertagt worden, versagt wie alles, was gegenwärtig denkend eine Lösung erfordert und aus Mangel an politischem Gaukello schwäbisch und peinlich weiterlässt. Auch die deutsch-französischen Auseinandersetzungen sind selbstverständlich durch das Scheitern der englisch-französischen Verständigung unmittelbar berührt worden. Die englische These eines kurzfristigen „vollständigen Neutralismus“ bis zum Zusammensetzen einer wirklich beschlussfähigen Regierungskonferenz war für Deutschland durchaus annehmbar. Die Abseige Frankreichs hat diesen Vermittlungsvorschlag auf Eis gelegt. An seine Stelle ist eine neue Diskussion über die Höhe der deutschen Leistungen und ihre Berechnung auf die Wiedergutmachungskosten getreten. Was der französische Finanzminister Blondin an propagandistischen Weisheiten zu diesem Thema „aufliegen“ ließ, ist selbstverständlich in Berlin auf kritische Ablehnung. Der deutsche Standpunkt in diesen Fragen wird bereits in der nächsten Zeit klar herausarbeitet werden. Die seit langem angekündigte authentische Darstellung des Auswärtigen Amtes steht unmittelbar vor der Veröffentlichung. Der weitere Verlauf der deutsch-französischen Verhandlungen wird wahrscheinlich der sein, dass man es bei der jeweils Vertragung jeder Entscheidung bewenden lässt. Auf beiden Seiten wird immer wieder versichert: Es müssen die Wahlen in Deutschland und Frankreich vorbei sein, vorher ist ein Zusammensetzen unserer Staatsmänner im Grunde zwecklos. In Berliner politischen Kreisen hat man sich mit dieser Hinausdehnung der Entscheidung wohl über Abel bereit abgefunden. Das alte Reichstagsabstimmungswort „Im Wehen nicht Neues“ erhält wieder einen Sinn. Sowohl „Verhandlungen“ in den nächsten Tagen zu erwarten sind, werden sie wahrscheinlich auf innerpolitischen Gebiete zu suchen sein.

Ein Aufruf für die Volkswahl Hindenburgs. Oberbürgermeister Sahm bildet einen Ausschuss für die Volkswahl Hindenburgs.

München, 28. Januar.

Ein größerer Kreis überparteilicher Persönlichkeiten aus verschiedenen Ständen und Kreisen des Landes Bayern erlässt nachstehenden Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg:

Der außenpolitische Erfolg der kommenden entscheidungsreichen internationalen Verhandlungen ist maßgeblich durch die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk hinter seinem Unterhändler steht.

Aus den Einschätzungen des gewaltigen Unrechts, dass der Name Hindenburg im In- und Auslande geniebt, dürfen wir nicht verzichten. Kein zweiter Deutscher besitzt in ähnlichem Maße die überparteiliche Verbundenheit des deutschen Volkes, kein Zweiter verkörpert so vollkommen für die Welt den Glauben an Deutschland. Wir sollten deshalb dem Schatz für jede Stunde danken, die der Generalfeldmarschall sein hohes Amt weiterhin ausübt.

Sein Ausscheiden würde schwere Parteikämpfe herausbeschwören, deren Ausgang ungewiss ist, würde den Weg für Zusammensetzungen freimachen, die vermieden werden müssen, zumal der erprobte Führer vorhanden ist.

Vor sieben Jahren siegte Deutschland die Wahl Hindenburgs als Sieg des deutschen Gedankens. Deutsche Pflicht ist es auch heute, den Feldmarschall auf den Schatz zu heben.

Die Reichsverfassung sieht die Volkswahl vor und damit die Anerkennung des Volswillens jenseits der Parteiemeinungen. Es ist höchste Zeit und Aufgabe aller, die Volk und Vaterland lieben, zur Tat zu schreiten.

Das bayerische Volk hat 1925 die Wahl des Feldmarschalls entscheidend mitbestimmt. Wir halten uns daher besagt, den ersten Schritt zu tun.

Wir rufen auf zur Wiederwahl des Mannes, der, wie kein zweiter, Deutschland verkörpert. Wie wollen den Herren Reichspräsidenten helfen, sich zur Wahl erneut zur Verfügung zu stellen.

Unser Aufruf ergibt an alle ohne Unterschied des Alters, des Standes, des Geschlechts, des Bekanntschafts und der Partei.

München, den 27. Januar 1932.

ges. John

Präsident des Reichsfinanzhofes I. R.

Es folgt eine Reihe weiterer Unterschriften, unter ihnen: Dr. A. Bieg, Verlagsdirektor; Graf von Bothmer, Generaloberst a. D.; Buchner, Verleger; Fritz Buchner, Hauptgeschäftsführer; Freiherr von Cramer-Klett, Gütekonsulent; Dr. H. Dorn, Präsident des Reichsfinanzhofes; Dr. Eichler-Jen, Forstrat; Dr. Fecht (Weihenstephan), Minister a. D.; Cajetan Freud, Schriftsteller; Fürst Fugger-Gloett; H. Freiherr von Gemmatal (Bamberg), General a. D.; Dr. R. Goebel, Präsident der Akademie der Wissenschaften; Dr. Max Halbe, Schriftsteller; Dr. Georg Heim, Regensburg; Hipp, Regensburg, Oberbürgermeister; Dr. H. Kuefner, Zweiter Bürgermeister; W. Leopold, Verlagsdirektor; H. von Seherr, Oberst a. D.; Dr. R. Scharnagl, Oberbürgermeister; Adolf Schledt, Chefredakteur; Ferdinand Schmidt-Schneider, Verleger; Dr. R. Willstaetter, Universitätsprofessor.

Bildung eines „Hindenburg-Ausschusses“

Berlin, 28. Januar.

Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Dr. Sahm, ist, wie wir erfahren, seit mehreren Tagen um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses führender Persönlichkeiten aus allen Kreisen des deutschen Volkes bemüht, der die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg in die Wege leiten soll. Es ist dabei an Männer und Frauen gedacht, die in maßgebender Stellung mit großen Bevölkerungsschichten in enger Fühlung stehen. Dr. Sahm wird die Einladungen an die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten in fürsichtiger Weise hinausgehen lassen, so dass der „Hindenburg-Ausschuss“ schon Anfang nächster Woche mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten dürfte.

Der bürgerliche Aufruf zur Wiederwahl Hindenburgs.

München. Wie sich aus den Unterschriften bestellt, von hier aus verbreiteten Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg ergibt, handelt es sich um eine von nicht parteimäßig angestellten Persönlichkeiten eingelegte Aktion. Schon die ersten sind in der Hauptstadt nicht als Parteimänner zu werten, sondern genießen weit über den Rahmen der Parteien hinaus, denen sie eine oder andere Parteilichkeit angehört, höchstes Ansehen. Man kann also wohl feststellen, dass sich hier ein Gremium zusammengefunden hat, dem die Sorge um Deutschlands Schatz über Parteilichkeiten geht, wenn auch Kreise der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Volksnationalen Freisinnung in der List vertreten sind. Bemerkenswert ist, dass sich unter den Unterzeichnern auch Persönlichkeiten befinden, die zur heutigen Reichsregierung in Opposition stehen, so etwa die übenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei in Bayern, Geheimrat Dr. Dietrich und die Landtagsabgeordnete der gleichen Partei, Frau Gertraud Wolf, sowie, wenn wir recht unterrichtet sind, auch einzelne Persönlichkeiten aus dem bayerischen Staate.

Von namhaften Organisationen und Verbänden finden sich, wenn and. zunächst nicht vorprägt, so doch durch die Namen ihrer Führer oder maßgebender Persönlichkeiten vertreten, der bayerische Bauernverein mit Geheimrat Dr. Heim, der bayerische Heimatfonds durch Oberforstrat Dr. Eicherl, der bayerische Beamtenbund durch Regierungsdirektor Emann und die Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft durch Dr. Freiherrn v. Branca. Mit Dr. Ritter von Holt und dem Senatspräsidenten im Hubstand Dr. Müller-Meininger stehen die Namen zweier prominenter Führer bayerischer Sport- und Turnerverbände auf der ersten Liste der Unterzeichner.

Im übrigen kann man sagen, dass neben der christlichen Arbeiterkammer Kreise von Industrie, Handel und Handwerk, weiteste Schichten der Landwirtschaft, der Künstlerschaft, der Presse und des Schriftums, der Geisteslichkeit und der Wissenschaft, Justiz und Kommunalwirtschaft ihrerangvollen Namen gegeben haben.

Rücktritt der österreichischen Regierung.

Wien. Der Ministerrat beschloss nach einem Bericht des Bundeskanzlers die Gesamtdemission der Bundesregierung, die von dem Bundeskanzler sogleich dem Bundespräsidenten unterbreitet wurde. Der Bundespräsident nahm die Demission der Gesamtregierung an.

In Berücksichtigung der innen- und außenpolitischen Lage Österreichs, die zwischen dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler eingehend erörtert wurde, hat jedoch der Bundespräsident Dr. Buresch erklärt, die Wiederberatung mit dem Amt des Bundeskanzlers zu übernehmen und ihm sobald wie möglich seine Befolkläre über die Bildung der neuen Regierung zu übermitteln. Bundeskanzler Dr. Buresch hat sich bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen.

Wien. (Rundschau.) Einstimmig kommt in der ganzen heutigen Morgenpresse zum Ausdruck, dass es sich bei dem Rücktritt der Regierung Buresch in erster Linie darum gehandelt habe, einen Wechsel im Außenministerium vorzunehmen. Der Grundton aller Kommentare, dass es um Dr. Schobert und mehr oder weniger um den von ihm vertretenen außenpolitischen Kurs gegangen sei, wird je nach der Parteizugehörung der Zeitungen variieren.

Die Wiener Blätter zum Sturz Schobers.

Wien. (Rundschau.) Einstimmig kommt in der ganzen heutigen Morgenpresse zum Ausdruck, dass es sich bei dem Rücktritt der Regierung Buresch in erster Linie darum gehandelt habe, einen Wechsel im Außenministerium vorzunehmen. Der Grundton aller Kommentare, dass es um Dr. Schobert und mehr oder weniger um den von ihm vertretenen außenpolitischen Kurs gegangen sei, wird je nach der Parteizugehörung der Zeitungen variieren.

Die Zeit des Geschehens.

Weshalb wünscht man sich die alte Zeit eigentlich zurück? Doch, weil in der Erinnerung sich diese Vergangenheit als eine ruhige und glückliche Epoche darstellt. Sicherlich war es auch damals nicht so geruhig, wie man heute glaubt. Sicherlich war man auch damals nicht so glücklich, wie es heute scheint. Andere Zeiten bringen nämlich andere Leben. Und damals fand man das Geschehen, die Unruhe und bereits aufregend und befriedigend. Gewiss gab es nicht so viele Sensationen, aber es gab Sensationen, die wesentlich ausgenutzt wurden und die Menschen in Aufregung und Unruhe versetzten. Man braucht ja nur in alten Zeitungen, alten Zeitungsberichten, alten Chroniken, alten Briefen zu blättern, dann wird man finden, wie sich auch früher die Menschen erregten und früher schon nach wieder fröhlicheren Seiten schauten, die angeblich ruhig und glücklich waren. Man muss die Vergangenheit bemerken nicht noch dem Maßstab von heute messen, sondern bei ihrer Beurteilung daran denken, wie es einst war. Man erregt sich ebenso wie heute und man war ebenfalls glücklich wie heute. Die Menschen sind ja niemals glücklich und zufrieden gewesen. Das wird immer nur von späteren Geschichtsschreibern festgestellt und das wird von den Lebenden erzählt, denen sich die Vergangenheit nur in den schönen Bildern im Gedächtnis erhalten hat. Freilich, die Ereignisse überstrichen sich nicht. Über sie waren da, sie füllte damals das Interesse ebenso aus, wie heute die sie noch überhäufenden Sensationen. Die Menschen von früher hatten genug mit den Vorgängen, sie würden das Heute gar nicht erragen, sie müssten langsam hineinwachsen. Und man weiß auch, wann das Einwachsen in eine andere, gespanntere Zeit, in einer aufregenderen Zeit begann. Doch damals mit der Meldung über die Errichtung des österreichischen Thronfolgers. Es kam der Krieg mit den vielen Berichten, es kam die Zeit der Not mit ihren aufregenden Sorgen, der Kampf um das tägliche Brot in einem unerhörten Ausmaß. Es kamen politische und wirtschaftliche Sensationen. Es kam die wirkliche Höhe des Krieges, der tödliche Markttag, es kam die Gewinnjacht und es war da die Verrohung der Menschen durch Krieg und Nachkriegserziehung. Es kam die Lockerung der Sitten, die Lockerung des Körpergefüls und des Verantwortungsbewusstseins. Daraus, aus allem diesen musste sich eine neue Lebensart gestalten, musste ein Geschehen sich entwickeln, das mit dem früheren nicht vergleichbar war. Und nehmen wir an, wir erleben es, das die vielen politischen und wirtschaftlichen Kämpfe, die Sorgen und Not vorüber gingen, ja, es würde nicht wieder werden, wie es einst war. Die Zeit ist fortgeschritten. Wir haben inzwischen die schnellsten Nachrichtenübermittlungen, wir hören heute in wenigen Stunden, was in weiter Ferne geschieht. Wir sind keine Minute vor einem neuen Geschehen. Früher einmal ging eines oder das andere verloren. Heute wird alles aufgenommen, aufgebaut, groß gemacht, für die Nerven wird geforgt, daß sie in sicherer Anspannung bleibent. Die kommende Zeit wiederum wird die Menschen lassen, wir hätten es schwer, aber viel besser gehabt, denn wir lebten geruhiger, vielleicht sagt man auch in der Vergangenheit glücklicher. So täuscht man sich immer in der Beurteilung dessen, was gewesen, weil man mit falschem Maßstab nicht und der Gegenwart zu großen Wert beimisst. Sie mit allen Fasern erlebt und aus den täglichen Aufrufern Schluß zieht.

Pred.

Deutschland und Sachsen.

Riesa, den 28. Januar 1932.

* Wettervorbericht für den 29. Januar.
Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.)
Welt schwache Luftbewegung, höchstens nordvergrendend ver-
hältnisweise Bewölkung, vielfach Nebel, Temperaturverhältnisse
wenig geändert.

* Daten für den 29. Januar 1932. Sonnen-
aufgang 7.45 Uhr. Sonnenuntergang 16.42 Uhr. Mond-
aufgang 9.58 Uhr. Monduntergang 9.58 Uhr.

1455: Bekämpfung der Leipziger Mieten durch Kaiser
Friedrich III.
1499: Luthers Gattin Katharina von Bora geb.
(a.k. 1552).
1814: Der Philologe Johann Gottl. Fichte in Berlin
gest. (geb. 1762).
1860: Der Dichter Ernst Moritz Arndt in Bonn gest.
(geb. 1769).

* Entschuldigung aus der Osthilfe. Vom
Amtshauptmann wird uns mitgeteilt, daß Entschuldungs-
anträge jederzeit bei ihm gestellt werden können und zwar
auch von den Landwirten und Gärtnern, die bis 31. Aug. 81
eine Voranmeldung bewilligt hatten und keine Antragsvor-
brücke zugesandt erhalten haben.

* Staatlicher Kraftverkehr. In der
Meißner Bezirksausführungsstelle am Dienstag wurde
mitgeteilt, daß die Bezirksverwaltung infolge der Unstetigkeit
der Finanzen des Bezirks beschlossen hat, sämtliche Ver-
träge mit dem Kraftverkehr Freistaat Sachsen über Beleihung
an den Garantiefonds der Kraftwagengenossenschaften—
Leuben—Schön—Riesa, Meissen—Nünchritz—Riesa
und Zwickau—Meissen—Dresden zu kündigen.

* Jahres Hauptversammlung des Vereins
Thüringer Landsleute Riesa und Umgegend. Am
Sonntag, den 24. Januar, hielt obiger Verein seine dreijährige
Jahres-Hauptversammlung im Vereinslokal Rehau-
taut aus Werburg ab, die den ungünstigen Verhältnissen
entsprechend gut besucht war. Der Vorsitzende erstattete den
Jahresbericht über das verflossene Vereinsjahr. Der Mit-
gliederbestand wurde durch Neuantritte wieder ausgeglichen.
Der vorgetragene Haushaltsertrag ist trotz der schweren Wirt-
schaftssituation ein erfreulicher zu nennen, zumal die Lands-
mannschaft erst 2 Jahre besteht. Es wurde daher beschlossen,
um die Mitglieder in der jetzigen wirtschaftlichen Notlage
entsprechend einzugeben, die Mitgliedsbeiträge um
ein Drittel des Betrages zu senken und für die Arbeitslosen
und Sozialrentner den für diese bestehenden Satz beobehalten.
Gleichzeitig erklärte man sich dafür, dem Bund Sächs.
Thüring. Landsmannschaften e. V. Sitz Dresden, weiter
als korporatives Mitglied anzugeben, aber nur noch ein
Pflichtexemplar der Bundeszeitung an zu bezahlen. Bei der
Neuwahl wurde durch Vertrauensabstimmung der Versammlung
der gesamte Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung
wieder gewählt. Werner wurde beschlossen, die dies-
jährige Spinnstuhlfestigung fallen zu lassen und dafür ein
eigentlich Thüringer Altväterfest in der am 14. Februar statt-
findenden Monatsversammlung mit Familienabend abzu-
halten. — Mit dem Wunsche für Werbung noch fernstehender
Landsleute im neuen Vereinsjahr, sowie weiterhin fest zu-
sammen zu stehen, um Zweck und Ziel der Landsmannschaft
zu pflegen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Bei
Gesang alter Thüringer Heimat- und Volkslieder schloß sich
ein geselliges Beisammensein an.

* Steuerabzug vom Arbeitslohn. Der
Präsident des Landesfinanzamtes Dresden teilte mit: Wie
bereits bekanntgegeben worden ist, sind die Belege über
den Steuerabzug vom Arbeitslohn für das Kalender-
jahr 1931 bis zum 15. Februar 1932 den Finanzämtern
des Wohnsitzes der Arbeitnehmer einzuliefern. Soviel
es sich um Arbeitnehmer handelt, für welche die Bohn-

steuer im Überweisungs- oder Behördenverfahren ab-
gelistet worden ist, hat der Arbeitgeber vor der Ein-
lieferung die Bohnsteuer-Befreiungen auf der zweiten
Seite der Steuerkarte 1931 auszufüllen. Für die vor
dem 31. Dezember 1931 ausgeliehenen Arbeitnehmer
waren die "Bohnsteuer-Befreiungen" auf der zweiten
Seite der Steuerkarte 1931 bereits beim Ausliehen die-
ser Arbeitnehmer auszufüllen. Ist dies auf irgendeinem
Grunde unterblieben, so sind die diese nicht mehr im
Dienste des Arbeitgebers befindlichen Arbeitnehmer jetzt
beforderte "Bohnsteuer-Ueberweisungsblätter", deren Pflicht
beim Finanzamt angefordert werden können, auszufüllen
und einzuliefern. Dienstende Arbeitnehmer, für welche die
Beileihe im Markenverfahren abgeführt worden ist, haben die ihnen vom Arbeitgeber auszubildende Steuer-
karte 1931 mit dem Einlagebogen an das Finanzamt ab-
zustellen, in dessen Beisei ist am 10. Oktober 1931 ihren
Bewilligung hatten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, durch
Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen auf die
Ablieferungspflicht hinzuweisen. — Über alles füllt
eine geringe Kostenlosigkeit aus, daß bei den Finanz-
ämtern sofern entnommen werden kann.

* Betriebsratswahlen 1932. Durch Verord-
nung der Reichsregierung vom 14. Dezember 1931 ist die
Amtsdauer berüchtigen Betriebsvertreter, deren Amt durch
Ablauf der Wahlzeit im Kalenderjahr 1932 enden würde,
um ein Jahr verlängert worden, um die Kosten und die
wirtschaftlichen Störungen durch allgemeine Neuwahlen
in den nächsten Monaten zu vermeiden. Nach Mitteilungen
komunistischer Zeitungen scheint es, als ob die Rote Ge-
werkschafts- und Opposition verhindern wollte, durch Ablegung
der Stimme ihrer Anhänger in möglichst vielen Betrieben
trotzdem Neuwahlen zu erwingen. Ein solcher Versuch hat
keine Aussicht auf Erfolg. Abgesehen davon, daß es
zwecklos erscheint, dass die Rote Gewerkschafts- und
Opposition verhindern will, eine mit Gewalt erlangte
Befreiung der Amtsdauer zu befehligen, ist es
selbstverständlich, daß der Reichsarbeitssminister den für
notwendige Maßnahmen Aufführung der Betriebsratswahlen durch
geeignete Mittel, im Bedarfsfalle durch eine ergänzende
Rechtsverordnung, sicherstellen wird. Die Amtsnieder-
legung einzelner Betriebsratsmitglieder könnte nur zum
Verluste ihres Einflusses auf die Handhabung der Be-
triebsratsgeschäfte und zum Wegfall ihres Rücksigts-
schutzes führen.

* Bürgermeister Stephan-Dittersdorf
Vorsitzender des Amtsrates vom Elektro-
und Eisenbahnenverband Großenhain. Wie das Nachrichtenblatt
des Elektro- und Eisenbahnenverbandes Großenhain berichtet, ist der bisherige
Ausschusssvorsitzende Uhlemann aus Gesundheitsgründen
mit Ablauf des Geschäftsjahrs 1931 ausgeschieden. Für den
auscheidenden Vorsitzenden Uhlemann wurde Bürgermeister
Stephan-Dittersdorf gewählt. Dem Amtsrat gehören
u. a. an: Bürgermeister Dr. Gottschalk-Selbitz, Bürger-
meister Kern-Würgau, Bürgermeister Dinger-Dennstädt,
Bürgermeister Böse-Masau, Bürgermeister Friedrich-
Grund und Bürgermeister Weiß-Modendorf.

* Arbeit für den Landkreis. Nach einem von
der kommunistischen Landtagsfraktion eingereichten Antrag
soll die Regierung beauftragt werden, daß Schätz-
ungen gesetzt werden, in der Haltung der Bekanntmachung vom
21. September 1931 außer Kraft zu setzen und sofort zurück-
zuziehen. Ein weiterer Antrag der gleichen Fraktion nimmt
Bezug auf die vom Sächsischen Landtag abgelehnte
Schließung der Martin-Görner-Schule in Zwönitz zu Ostern
1932. Die Regierung wird beauftragt, darauf hinzuwirken,
daß die Schule nicht geschlossen wird. Schließlich will die
Fraktion die Regierung erfordern, die Landtagsbeschlüsse
über Arbeitsbeschaffung durchzuführen, die Pflichtarbeit zu
verbieten, die Pflichtarbeitsstunden zu erhöhen und die hierfür
notwendigen Mittel den Bezirksfürsorgeverbänden zur Ver-
fügung zu stellen.

* Neuer Hausarbeiterkrisis. Zwischen dem
Verbande von Arbeitnehmern der Sächsischen Textilindustrie,
Sitz Chemnitz, und dem Deutschen Textilarbeiterverbande,
Sitz Freistaat Sachsen, sind zur Neuregelung der Haus-
arbeiterlöne in der Gemischtweberei am 8. Januar 1932
niedrigere Löne als bisher vereinbart worden. Diese Ver-
einbarung ist vom Hausarbeiterfachausschuß für die Web-
warenindustrie, Abteilung III (Gemischtweberei), für den
Freistaat Sachsen mit Ausnahme des Saalhauser Weberei-
bezirks mit Wirkung ab 1. Februar 1932 als allgemeinver-
bindlich genehmigt worden.

* Verschärftste Vorschriften für die Vieh-
einfuhr in Oldenburg. Das Wirtschaftsministerium hat mit sofortiger Wirkung die verschärften Vor-
schriften der Ausführungsvorordnung zum Viehdienstesetz
vom 7. 4. 1912 (heutige Beobachtung für das aus Oldenburg
nach Sachsen eingeführte Rauhvieh) in Kraft gesetzt.

* Der neue Großender Leipziger ist im
Mai fertig. Eine Neueröffnung des Direktors der Mietz-
sche Kohl entnehmen wir: Im Mai wird der neue Leipziger
Großender spätestens in Betrieb genommen werden. Der
Sender selbst ist seit einiger Zeit im Berliner Laboratorium
der Fa. Lorenz fertiggestellt aufgestellt. Auch die Gebäude,
die den Sender der Wiederau-Vogau aufnehmen sollen, sind
unter Dach. Schwierigkeiten sind nur beim Bau der
Antennen-Türme entstanden. Da das ursprünglich im Aus-
sicht genommene Gelände sich als ungünstig erwies, mußten
die Fundamente verlegt werden. Aber auch diese Schwierig-
keiten werden binnen kurzem behoben sein. Mit einer
Leistung von 150 Kilowatt wird der neue Sender die
Sächsische Rundfunkstation sein. In der
Sendeanlage wird er nur von einigen ausländischen Gen-
dern übertragen werden. (Wartburg sendet mit 150 Kilowatt.) — Die bisherige Sendeanlage des Leipziger Sen-
ders beträgt nur 24 Kilowatt. Fernempfang wird nicht
erstellt! Die Sorge vieler Rundfunkfreunde, daß durch die
enorme Steigerung der Sendeanlage der Fernempfang
vernichtet werden könnte, ist gegenstandslos. Gerade durch
die Verlegung des Senders nach Vogau-Wiederau ist es er-
reicht worden, daß man in Leipzig den viel stärkeren Sender
mit derselben Empfangskraft hören wird, wie den schwä-
cheren Sender auf dem Ausstellungsgelände. Es kommt hinzu,
daß alle Empfangskräfte, die seit 1930 gebaut wurden, so
sehr sind, daß die Wellentrennung keine Schwierigkeiten
machen wird.

* Neue Geschäftsräume des Haupt-
missionsvereins in Dresden. Der Sächsische
Hauptmissionsverein hat seine Geschäftsräume von der
Prager Straße nach der Johann-Georgen-Allee in Dresden
verlegt. Ein eigener Saal gibt hier der Vereinigung die
Möglichkeit, mehr noch als bisher in der Öffentlichkeit für
den Missionsgedanken zu wirken. In einer gut beleuchteten
Festsaal wird am 2. Februar 1932 nach dem Segen
D. Dr. Siebel von seinen Missionserinnerungen aus der
Heimat". Vorsitzender Dr. Höhne ist gebürtig in seinem
Geburtsort, der Prager Straße, und hat die Übergabe
seiner Geschäftsräume an den neuen Platz mit großer Freude
begleitet. Der Sächsische Hauptmissionsverein wird
die neue Geschäftsräume am 2. Februar 1932 feiern.

* Dresden. Achtung, Geschwindigkeitskontrolle gegen
zu schnell fahrende Kraftfahrer. Seitens des Polizei-
präsidiums wird mitgeteilt: Trotz der Abnahme des Ver-
boten zu fahren, das die Verkehrsunfälle im Stadtgebiet er-
höhen. Sie werden, wie die politischen Beobachtungen
ergaben haben, zum größten Teil durch rücksichtlose, über-
mäßig schnell fahrende Kraftfahrer verursacht. Das
Polizeipräsidium wird daher in der nächsten Zeit wieder
verstärkte Geschwindigkeitskontrollen vornehmen. Jede
Überprüfung der Geschwindigkeitsunterschreitung
wird zur Zeit im Stadtgebiet bei Kraftfahrzeugen bis zu
50 Kilometer je Stunde noch 50 Minuten geahndet werden.

* Dresden. Verkehrsunfall. An der Halleschen
Brücke wurde gestern vormittag ein 22 Jahre alter Schleifer
durch die Welle an der Motorwelle reitend, während
seiner Fahrt zwischen dem Motorwagen und gleichzeit-
igem Fahrradbrücke gestoppt. Seine Verletzungen waren
nicht sehr schwer, er war aufgrund seines Motorwagens
noch auf dem Fahrradbrücke geblieben.

* Dresden. Einbrüche des Selbstanschlußbetriebes.
In nächster Zeit, voraussichtlich am 1. April ab 19.32,
soll in dem bietigen Ortsteil der Selbstanschlußbetrieb
eingeführt werden. Jeder Teilnehmer wird fünfzig Ver-
bindungen mit anderen Teilnehmern durch Dresden einer
Kommunalebene selbst herstellen.

* Halbtag bei Riesa. Das Fest der goldenen
Hochzeit begibt heute, am 28. Januar, das Jubiläum
Winkler in geistiger und körperlicher Frische. Herr Schwarze
bekleidet seit über 20 Jahren ununterbrochen das Amt eines
Gemeinderatsmitgliedes. Dem lieben, treuen Paare, das
seit Jahrzehnten neuer Besitzer unseres Tagesslates ist,
wünschen wir Herzige in Dankbarkeit herzliche Grüße. Möge
Gott beiden einen friedlichen Lebensabend schenken.

* Großenhain. Abschied des Standortältesten
Oberstleutnant Berger. Es waren Hunderte, die zu Fuß,
mit dem Rad, im Auto gestern in der 10. Sonnabendstunde
dem großen Ehrenplatz auströmten. Es zeigte sich, welcher
Geist für das Militär im Volke lebt. Auch einige
Schülklassen waren mit ihren Lehrern gekommen, um
dem militärischen Schauspiel beizuwohnen. Viele Schau-
stücke hatten auch schon von den weit dorthin ausstrebenden
Schwadronen des Heerregiments Nr. 12 Gefolgschaft
geleistet, die von den heiligen Marschmusik des
neugebildeten Standortkorpsteils zum Ehrenplatz
geleitet worden waren. Die beiden Schwadronen nahmen
Paradeaufstellung. Stücklich 10 Uhr kam der bisherige
Standortälteste Oberstleutnant Berger von der Wilden-
hainer Straße her nach dem Aufstellungsort der beiden
Schwadronen geritten. Charles Kommando hatte über
den weiten Weg. Dann führte Oberstleutnant Berger, mit
militärisch markiger, lauter Stimme kreischend u. a. aus:
Rum leisten Wale steht ich heute vor der Front der beiden
Großenhainer Eskadronen. Abschied nehme
heute für mich. Abschied von Euch, die Ihr mir
in der nur zu kurzen Zeit, da ich die Thore hatte, an
Eurer Spitze zu stehen, so sehr ans Herz gewachsen seid.
Abschied aber auch von einem mehr als 28jährigen
Soldatenleben, das mich über mein liebes altes Olao-
Dragoner-Regiment, bei dem ich heute vor 26 Jahren
Leutnant wurde und den größten Teil des Krieges als
Eskadron-Chef mitgemacht habe, über die Reiter-Regi-
menter 18 und 18 und über 5 Jahre Kavallerie-Schule
im Herbst 1930 nach Großenhain geführt hat. Trübe sind
die Wahlen, die über unserem beiderlanden und schwer ge-
prägt waren, aber doch bald den Aussichts des neuen Deut-
schlands erleben. Es wird und muß der Tag kommen, wo
Deutschland wieder frei, froh und gesiegt in der Welt da-
steht; trage ein jeder dazu bei durch treue Pflicht-
erfüllung, Ehrelike und Überläufigkeit im Dienste für
unsrer geliebten Vaterland und im Verbund, den alten
deutschen Kavallerie-Regimentern nachzulernen, deren
höhe Tradition Ihr tragt. Unser geliebtes deutsches Vater-
land hoch! Das Trompetenkorps leiste schmetternd zu den
über das weite Feld schallenden dreifachen Hochrufen
ein und dann erlöse das Deutschland-Vieh. Oberstleutnant
Berger ritt nach dem weiligen Teile des Ehren-
platzes, wo er dann den Paradesabaton der beiden
Schwadronen, die dorthin galoppiert waren, abnahm.
Oberstleutnant Berger hat sich seit seinem Herber-
kommen im Jahre 1930 nicht nur bei den Offizieren,
sondern in gleicher Weise auch im Kreise der Mann-
schaften durch sein gerechtes, lebensfreudiges Wesen ungeheure
Sympathie erworben. Nach Schluss des Paradesabatons
setzte sich das Trompetenkorps wieder an die Spitze der
heilenden Standortälteste nun seine grauen Peitsen vom
Ehrenplatz zurück nach der Kaserne. Wie das Standort-
Kommando mitteilt, scheide mit dem 31. Januar Oberstleut-
nant Berger aus dem Heeresdienste aus mit der Berechtigung
zum Tragen der Uniform der Kavallerie-
Schule.

* Column bei Großenhain. Am 26. Januar war
es dem Haushälter und früheren Stellmachermeister
Hermann Rösler vergönnt, im Kreise seiner Kinder und
Enkel seinen 92. Geburtstag feiern zu können. Vater
Rösler erfreut sich trotz seines hohen Alters einer
entsprechend guten Gesundheit und ist geistig noch auf
der Höhe.

* Bedienst. Unfall. Gestern morgen hingen sich einige
junge Bürchen, auf ihren Häusern stehend, an einem Fahnen-
wagenzug, der aus Richtung Meissen kam. Da die Freude
es nicht einmal für notwendig hielten, in der berücksichtigt
dass nicht alle bei davonlaufen. Der am Fahnenwagen
hängende kam mit dem Schrecken davon, der am An-
hänger konnte nicht auf dem Bürgersteig fahren und
stürzte. Sein Rad wurde vom Wagen erfaßt und zerstört.
Der junge Mann warf sich auf die entgegengesetzte Seite
und entging so dem sicherer Verfahren.

* Rößchenbrücke. Die Spitze aus dem Leben.
Am Dienstag wurde in einem Wölkchen an der Bahnhofstraße
Niederwartha-Nürnberg eine in den sechziger Jahren
lebende weibliche Person an einem Baum erhangt aufgefunden.
Die Verhältnisse der Toten, die sie ohne Zweifel
lebend gewesen hatte, ist unbekannt.
Radebeul. Bürgermeister a. D. Robert Werner-
Radebeul. Dienstag abends gegen 10 Uhr verschwand im
Friedrichstädter Krankenhaus in Dresden der langjährige
Gemeindevorstand und später Bürgermeister von Radebeul,
Herr Robert Werner, am folgenden Tag im 70. Lebensjahr.
Vom 1. Februar 1894 bis 30. Dezember 1927 stand Bürger-
meister Werner der Gemeinde Radebeul zunächst als Ge-
meindesleiter vor. Unter seiner Leitung erbauten
die Gemeinde im Jahre 1900 das Rathaus. 1905 wurde
unter seiner Leitung die Vereinigung der beiden Gemeinden
Radebeul und Hermsdorf vertraglich. Seine Verdienste
wurden durch seine Ernennung zum Ehrendäger von
Radebeul bei seinem Scheiden aus dem Amt anerkannt.
Mit Bürgermeister Werner wird der erste berufsmäßige
Bürgermeister beim Gemeindewerk der Idee eines Ver-
einigten ländlichen Wohlstand

Gestohlen wurden ein Nebenzieber sowie Zigaretten und Zigarren. Außerdem wurde in der Bettwälzer Straße die Scheibe einer Blaukästenhandlung eingeschlagen und mehrere Mandolinenkästen gestohlen. — Am Dienstag wurden von der Polizei ein 45 Jahre alter Hudeunternehmer und ein 28 Jahre alter Elektrotechniker festgenommen, die bei einem nachtschichtigen Einbruch auf der Leipziger Straße-Wahl, Galz und Apfelhof gestohlen hatten. Das gesamte Diebesgut, das die Täter aus einem Kraftwagen weggebracht und verkaufen hatten, konnte wieder herbeigeschafft werden. — Ein Geschäftsmann in Dobitz überreichte in der Nacht zum Montag in seinem Keller zwei Hundebrötchen, die sofort auf ihn eintranken. Obwohl er sich zur Wehr setzte, gelang es beiden Hunden, zu entkommen. Man ist ihnen jedoch bereits auf der Spur.

* **B a u c h e n.** Wegen Kindesstörung verurteilt. Das Sohnherz-Schwangeren verurteilte die 25 Jahre alte ledige Friseuse Paula Gerda Wöhne aus Bretnig wegen Kindesstörung zu 1 Jahr Gefängnis. Die Angeklagte habe am 22. August v. J. ihr uneheliches Kind bald nach der Geburt getötet.

* **L e i p z i g.** tödlicher Verkehrsunfall in Büschendorf. Am Dienstag gegen 10 Uhr war auf der Hauptstraße nach Büschendorf der 71 Jahre alte Kariograph Heinrich Hähnel aus Büschendorf von einem Kraftwagen angefahren worden. Mit schweren Kopfverletzungen, einer Gehirnerholzung und Hüftverrenkungen wurde er in bedenklichem Zustand aufgefunden und mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht. Dort ist er kurz darauf an seinen Verlebungen gestorben.

* **T a u r a.** Eine gesunde Gegend. Dieser Tage feierte hier Frau Johanna Christiane Heinig ihren 90. Geburtstag feierlich. In Taura wohnen 5 Personen, die 90 und mehr Jahre alt sind.

* **M e i l k a u.** Unter der Aufsicht des schweren Landesbrandmeisters. Am Nachmittag um 9. Uhr war der 3. Annahm d. A. bat, wie erinnerlich, der Besitzer einer Goldwirtschaft unterhalb der Goldschmiede in Notwehr auf drei Männer, die nach einer Schlägerei gewaltlos in das Total einanderbringen versuchten, geschossen und die Kinderschläger gleichermaßen verletzt, so dass sie in das Krankenhaus nach Melchingen hatten gebracht werden müssen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Gera sind jetzt die drei Männer, die Goldarbeiter Böltcher, Spivner und Krauth aus Reichenbach in das Gerichtsgefängnis nach Greiz übergeführt worden. Sie haben sich wegen schweren Landesbrandmeisters zu verantworten.

* **O b e r l u n g w i c h.** Verkehrsunfall infolge Straßenplätzen. Unfallsplatze kam am Mittelbacher Berg ein Dresdner Postkraftswagen ins Schleudern und stürzte um. Führer und Beifahrer wurden mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Die aus Schotter und Buckworen bestehende Ladung des Wagens wurde auf die Straße geworfen.

* **S w i c k a u.** Schadensfeuer. Am Montagnachmittag brannte in Unterlüßgrun das Wohnhaus des Maurers Alfred Breitenecker vollkommen nieder. Es konnte nur wenig gerettet werden. Die Familie des Besitzers wurde obdachlos. Der Schaden ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt.

* **L i m b a c h.** Staatliche Polizeiunterstützung. Wie der Limburger Sachverständig von außerordentlicher Stelle erklärt, haben in Limbach die politischen Unruhen einen Umsatz angenommen, daß die polizeilichen Kräfte der Stadt nicht mehr ausreichten, die Ruhe und Ordnung zu sichern. Aus diesem Grunde sind dem dortigen Bürgermeister, der der SVD angehört, ein Polizebaupräsident und mehrere Polizeihauptwachtmeister zur Verfügung gestellt worden. Bekanntlich wurde fürzlich in Limbach ein Nationalsozialist ermodert.

* **D o r f i.** Die nationalsozialistischen Stadtverordneten freigelassen. Am Dienstag fand hier die Verhandlung über den Haftbefehl der beiden Nationalsozialisten Schulleiter Kurt Rint und Kurt Stenz statt. Die Verhandlung war nicht öffentlich und wurde vom Urtagsgerichtat Reinhard vertrat. Der erste Staatsanwalt Dr. Schaufler-Blaum vertrat die Anklagepartei. Der Haftbefehl wurde aufgehoben, die Angeklagten in Freiheit gelegt. Auf dem Marktplatz hatten sich über 1000 Personen angesammelt, sodass sich die Bevölkerung veranlaßt sah, Wolltuch an Rotenwisch verhüllten, die auf schnellstem Wege in zwei großen LKW-Läden zur Stelle waren und den Marktplatz läuften.

* **M ü l h a u s e n.** Urteil wegen fahrlässiger Tötung. Am 21. September 1931 kam es an der kleinen Staatsstrasse zu einem folgenschweren Unfall zwischen einem Motorradfahrer und einem Motorradfahrer. Bei diesem Unfall wurde der Motorradfahrer, ein kleiner junger Arbeiter, an eine Sementäule geworfen, wodurch er bald nach dem Unfall starb. Der Führer des Wagens hatte sich sehr vor dem Burgdorfer Schöpfgericht zu verantworten. Er wurde, da auch dem verstorbenen Motorradfahrer ein Teil Schutz nachgewiesen werden konnte, an Stelle einer anstößigen Gefangenstrafe von 1 Monat zu 180 Mark Geldstrafe verurteilt.

* **C r i m i n i s c h a u.** Erfolgreiche Geldstrafknader. In der Nacht zum Dienstag brachten Einbrecher in den Kassenraum eines häuslichen Betriebes ein und versuchten den Geldkasten zu öffnen. Nach Ende der Dinge kommen nur „Scheinräuber“ in Frage. Es ist anzunehmen, daß sie bei ihrer „Arbeit“ gestört worden sind, da nichts gestohlen und der Schrank am Morgen noch fest verschlossen war.

* **E u n a n n a.** Durchgehendes Pferd. Auf dem Hohenloher Berg ging am Sonntag einem Gothaer Fuhrwerker, der im 70. Lebensjahr steht, das Pferd mit dem Wagen durch. Der alte Mann wurde vom Wagen geschockt und erlitt Kopfverletzungen. Das Pferd kam später zum Sterben, ehe es größeres Unheil angerichtet hatte.

* **T o r g a u.** Die Stadt Torgau kann sich rühmen, in einer Hinsicht die „größte Garnison der Welt“ zu besitzen: Einem ihrer Wohlhaber, dem Schuhmachermeister Bruno Günther, gehört nämlich die umfangreiche Binnoldatenarmee der Erde. Er verfügt über nicht weniger als 18.000 Binnoldaten, das gesamte preußische Gardekorps; 12 Infanterie-Regimenter, 40 Schwadronen Kavallerie, 8 Abteilungen Artillerie, 1 Maschinengewehrabteilung, Gardeläger, Gardebüchsen-Kav., Dioniss, das Guatenregiment 12, das früher in Torgau garnisierte, usw. Sein Bruder, der Kassenreiter Otto Günther in Torgau, besitzt 8000 Binnoldaten des ehemaligen 4. Gardekorps. Außer diesen beiden Sammlern gibt es in Torgau, auch Klein-Potsdam genannt, noch eine ganze Reihe Sammler, die auch sehr interessante Binnoldatenformationen besitzen. Damit wird der Rekord des englischen Marineministrums übertrumpft, denn die Kreisförmige Nachbarschaft, er ist mit 10.000 Figuren der Welt geschlagen.

* **G e b b e r g** d. O. **D u c h.** Ein gefährlicher Wiedermann. Ein kleiner Dachdecker geriet mit seinem Stein in Kontakt, wobei er mit einem Stein auf die Loggia. Der Schlag, den die Frau abscherte, ging glücklicherweise frei, worauf der Mann ein schlechtes Wechsler bewegte und der Frau drei Schläge in den Rücken beibrachte, die jedoch nicht lebensgefährlich sind. Nach dem Tat kamte er, heißt es über kurze Zeit vorzeitig der Polizei. Überzeugendem Momenten sollen ihn zu dem Streit und zur Tat veranlaßt haben.

* **G e r t a.** Die Grabländer ermittelten. — Ein Grabländer. Die Grabländer auf dem Friedhof in dem Vororten Zwischen haben ihre Auflösung gelungen. Bei dem Täter handelt es sich um einen 14jährigen Schuljungen aus 100 Millionen Deutschen.

Die Wirtschaftslage vor dem Börsenbundtag.

G e n . (Punktpruch.) Der Börsenbundtag hat in der heutigen öffentlichen Sitzung zunächst zu dem bereits veröffentlichten Bericht des Wirtschaftskomitees Stellung genommen, dem insoweit eine gewisse Bedeutung zukommt, als hier zum 1. Male von einem Organ des Börsenbundes mit gewisser Offenheit darauf hingewiesen wird, daß die schlechte Wirtschaftslage in der Welt ihren Hauptgrund in den unzureichenden finanziellen Beziehungen der Länder habe. Der Bericht des Wirtschaftskomitees schließt die Hindernisse aus, die der internationale Handel durch die von den Regierungen getroffenen Maßnahmen erleidet, erläutert dann die Verhinderung der Krise durch die Befreiungen auf dem Kapitalmarkt und schlägt lehrreichvoll die wechselseitigen Beziehungen zwischen dem internationalen Warenaustausch und den Vorgängen auf finanzieller Seite.

Der deutsche Vertreter im Rat, Weißauer Weißauer, empfahl als Vertreterstaat die Annahme. Das Wirtschaftskomitee habe, so erklärte er, mit vorbildlicher Klarsicht die gegenwärtige Abhängigkeit des internationalen Handels und der internationalen Finanzbeziehungen hervorgehoben. Der deutsche Vertreter schilderte die Stelle im Bericht, wo festgestellt wird, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Schwellenländer ihren Verpflichtungen nur durch eine Einschränkung ihrer Ausfuhr nachkommen können, was aber nicht möglich sei, weil die Schwellenländer immer größere Hindernisse der fremden Einfluss entgegenstellen. Dazu kommt, ferner, Weißauer Weißauer, anstatt nach diesen elementaren Maßnahmen zu handeln, verhindern die Schwellenländer bei der Einführung von Waren aus ihren Schwellenländern.

Die Schwellenländer wollen dadurch ihre heimische Produktion schützen, aber sie verhindern gleichzeitig die Schuldner, ihre Schulden zu bezahlen. In dem Augenblick, wo die Hoffnungen des Wirtschaftskomitees allgemein anerkannt werden und die Regierungen entschlossen sind, daß die Konsequenzen zu ziehen, wird sich ein Ausweg aus der gegenwärtigen Krise zeigen. Er schloß mit dem Hinweis auf die Gestaltung des Komitees, daß er nicht in der Lage sei, praktische Vorschläge für die Gestaltung der internationalen Handelspolitik zu machen, so lange nicht die großen internationalen Finanzfragen gelöst und der finanzielle Druck befreit seien.

Der Vertreter Großbritanniens, Lord Cecil, summte den Ausführungen des deutschen Vertreters zu. Auch der Vertreter Italiens, Rossi, unterstrich die Ausschauungen des Wirtschaftskomitees. Der Vertreter Chinas, Chen, benutzte diese Gelegenheit, um auf die Wirkung in China hinzuweisen. Es liegt im Interesse der Welt, daß der China-Japanische Konflikt, der die wirtschaftliche Entwicklung Chinas lähmte, beendet werde.

Bei Vorschlag des deutschen Vertreters beschloß der Börsenbundtag, den Bericht mit den Bemerkungen, die von den einzelnen Mitgliedern dazu gemacht worden sind, anzunehmen und die Aufmerksamkeit der Regierungen insbesondere auf das Kapital über den Einfluß der finanziellen Lage auf den internationalen Handel zu lenken.

Kriegsbeschädigungsausdruck des Reichstages.

B e r l i n. (Punktpruch.) Der Reichstagsausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen beschloß einstimmig auf Grund eines interfraktionären Antrages, die Reichsbürgerschaft möglicherweise abzulösen, die Erziehungshilfen möglichst bald wieder auf die alten Höhe zu erhöhen und in dringenden Fällen diese Höhe schon von jetzt ab wieder zu erhöhen. Damit übertrug er der Rüstung eine hohe Zahl von Sätzen. Es vertrat sich sodann auf den 18. Februar.

Die Kontingentierung der deutschen Elektro-Einfuhr nach Frankreich.

B e r l i n. (Punktpruch.) In den letzten Tagen hat man sich, wie wir hören, über eine umfassende Kontingentierung der deutschen Elektro-Einfuhr nach Frankreich geeinigt, wobei im Prinzip das Jahr 1931 als das Optimum der freien Elektro-Einfuhr nach diesem Lande angesetzt wird. Das deutsche Kontingent wird unter Aufrechterhaltung des prozentualen Anteiles am französischen Markt nach dem Verhältnisstand der entsprechenden industriellen Produktionswege festgesetzt werden. Bei diesem Abkommen, in das auch das Saargebiet mit einbezogen ist, sind für das erste Wirtschaftsjahr 1932 Abbläge vorgesehen, die zwischen 10 und 30 Prozent liegen.

Im Jahre 1931 betrug die freie Einfuhr in elektrischen Artikel nach Frankreich 36 Millionen RM. Die Kontingentierung besteht sich vorläufig auf Maschinen, Transformatoren sowie andere Apparate einschließlich Installationsmaterial, Koch- und Heizgeräte, Staubsauger usw. Die bisherigen privaten Vereinbarungen der deutschen Industrie mit französischen Partnern laufen weiter. Auf andere Länder darf die Kontingentierung nur nach den bestehenden Grundlagen erfolgen. Einige Streitigkeiten sollen durch Schiedsgerichte erledigt werden. Voraussichtlich wird die französische Belastung für den Stromkonzern dieses Abschnitts während der Laufzeit des deutsch-französischen Handelsvertrages nicht erhöht werden.

Die falsche französische Rechnung über die Biedermeierlasten.

B e r l i n. (Punktpruch.) Zu den heute von der Agentur Havas in Erwideration auf einen Artikel der „Weltzeitung“ veröffentlichten Zahlen über die französischen Biedermeierlasten wird in diesen politischen Kreisen darauf hingewiesen, daß von deutscher Seite niemals bestanden worden ist, die Gesamtsumme Frankreichs betrügen 50 Milliarden Goldfrancs. Vielmehr wurde lediglich immer wieder festgestellt, daß Deutschland entsprechend den Bestimmungen der Pariser Note nur zum Erlös der privaten Schäden verpflichtet ist, und daß diese privaten Schäden etwa 80 Milliarden Francs betragen. In den von Havas aus dem wiederholt genannten 27,5 Milliarden Francs Biedermeierlasten im französischen Budget sind aber 5,8 Milliarden für Schäden an öffentlichem Eigentum und 12,5 Milliarden für Verwaltungsfaktoren und Zinsen enthalten, mit denen Deutschland nicht belastet werden kann. Die eigentlichen privaten Sachschäden werden, entsprechend den deutschen Bestimmungen, mit rund 80 Milliarden bestimmt. Im übrigen ist an der heutigen Havas-Erläuterung bemerkenswert, daß man von der gestern in der französischen Presse aufgestellten Zahlenstabilität, bei der die Biedermeierlasten auf 200 Milliarden berechnet wurden, heute nicht mehr spricht, sondern ist an Sätzen hält, die einigermaßen im Rahmen von Diskussionsmöglichkeiten liegen.

Wenn am Schlusse der Havas-Erläuterung erneut von Rechnungsabrechnungen der Reparationskommission und der Bank für internationale Zahlungsausgleich als den allein gültigen rechtlichen Grundlagen gepflichtet wird und damit die deutschen Reparationsleistungen auf rund 80 Milliarden Reichsmark bestimmt werden, so kann demgegenüber, wie in politischen Kreisen mit allem Nachdruck betont wird, immer und schließlich werden, daß Deutschland diese Zahlen der Reparationskommission unter keinen Umständen als eine bislang unbekannte Zahl annehmen kann. Diese Zahlen stehen nicht nur im Widerspruch zu den deutschen Berechnungen, sondern liegen auch sehr erheblich unter den Berechnungen allererster Sachverständiger, so beispielweise des amerikanischen Instituts of Economic and des englischen National-Bonomens Keynes.

Öste bei Brünning.

B e r l i n. (Punktpruch.) Reichstagspräsident Öste wird heute dem Reichskanzler Dr. Brünning einen Besuch abrufen. Wie wir hören, geschieht das aber nicht aus einem politischen Anlaß, sondern es handelt sich um einen persönlichen Besuch, wie er unter freunden kann. Trotzdem wird man annehmen können, daß im Laufe des Gesprächs auch die Frage einer vorzeitigen Einberufung des Reichstages gestreift werden wird. Einberufungsort dürfte diese Frage jedoch noch nicht sein, da die weitere Entwicklung der außenpolitischen Lage, namentlich der Reparationsfrage, noch immer nicht absehbar ist.

Zahlungsbefestigung der Ceneri Handelsbank.

B r ü s s e l. Die Ceneri Handelsbank, die 40 Niederlassungen besitzt, hat ihre Schalter geschlossen. Es verlautet, daß das Kapital von 40 Millionen Franken verloren ist. Die Bank verzögert über Sanktionen in Höhe von 100 Millionen Franken.

Die Katastrophe der M II.

Wieder einmal schreien die Telefone und Teleskophen die entsetzliche Nachricht in die Welt hinaus: „Ein Unterseeboot gesunken! 54 Menschenleben in Gefahr!“ Unter Vollkampf laufen aus den englischen Kriegsschiffen die Such- und Rettungsboote aus, um die Lage des gesunkenen Bootes M II festzustellen, um Taucher auf dem Meeresgrund hinunterzulösen, um die im Bauch des gesunkenen Schiffes eingeschlossenen Unglückslichen zu befreien.

Erinnerungen tauchen beim Lesen der Meldung vom Untergang der M II auf: an den September des Jahres 1925, in dem das amerikanische Tauchboot S 51 von der „City of Rio“ gerammt wurde und mit 24 Mann Besatzung auf den Meeressohlen ging. Tagelang wartete eine ganze Welt auf die Befreiung der Männer, die 30 Meter tief unter der Meeressoberfläche eingeschlossen waren in den engen Stahlkammern des Bootes. Tag und Nacht gingen Taucher hinunter auf den Grund und arbeiteten bis zur Erschöpfung, um zu retten und zu helfen — und schließlich konnten von 24 nur 8 Menschen geborgen werden.

Die M II ist von jeher in der englischen Flotte als Unglückschiff betrachtet worden. 1918 erbaut, hat sie verschiedene Mängel aufzuweisen, obwohl sie 48 Stunden ununterbrochen unter Wasser bleiben konnte. Sie ist mit den modernsten Rettungsgeräten ausgerüstet und besitzt

mit einer 7,5-Zentimeter-Rakete, zwei Maschinengewehren und einem Torpedorohr mit einem Durchmesser von 45 Zentimetern. Ihr Schwesterschiff, die M I, ist 1925 schon gesunken, wobei die gesamte Besatzung in Stärke von 68 Mann ums Leben kam.

In dem Augenblick, in dem diese Szenen geschildert werden, ist noch nicht abzusehen, ob diese entsetzliche Tragödie wiederholen wird oder ob nicht doch noch eine Rettung der Besatzung möglich ist. Trotzdem aber entsteht auch heute wieder die Frage, ob der Raumwert der Unterseeboote wirklich so hoch ist, daß die ununterbrochenen Opfer an Menschenleben bei den Übungsbüchern im Frieden durch ihn auch nur annähernd gerechtfertigt werden.

M II immer noch nicht gefunden.

Bondon, (Kunstgruß) Die Hoffnung, das verschollene U-Boot M II noch rechtzeitig bergen zu können, schwundet mehr und mehr. Die Nachsuchungen sind während der ganzen Nacht mit ärgerlichster Fortgesetztheit worden, dieses aber ohne jeglichen Erfolg.

Das Trauertelegramm

an die Frauen der Besatzung von M II.
Bondon. Die Oberfrauen der eingedrungenen der

Besatzung des M II haben folgendes amtliche Telegramm

erhalten: „Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Ihr Mann vermischt wird, und wir befürchten, daß er im Unterseeboot M II, das wahrscheinlich vor Westland unterging, ums Leben gekommen ist.“

Reine Aussicht auf Rettung

der U-Boot-Mannschaft.

Bondon. Die Hoffnung, die Mannschaft des untergegangenen Unterseebootes „M 2“ noch retten zu können, ist nunmehr so gut wie aufgegeben worden. Wie die Wahrheitlichkeit am Mittwoch noch spät abends mitteilte, haben die Minensuchboote zwei weitere Gegenstände auf dem Meeresgrund festgestellt. Es wurden verschiedene Taucher heruntergelassen. Ungefähr der dritten Stunde gelang es jedoch keinem der Taucher, den Meeresgrund zu erreichen. Am Mittwochabend ging das Minensuchboot „Leworth“, das mit den modernsten Tieftaucheinrichtungen versehen ist, mit mehreren Tauchern an Bord von Portsmouth in See, um die Tauchverübung während der Nacht fortzuführen.

Nach den letzten Nachberichten scheint festzustehen, daß sich an Bord des untergegangenen Unterseebootes 7 Offiziere einschließlich zweier Fliegeroffiziere und 53 Mann befinden.

Amtliches

In das hierige Handelsregister ist am 28. Januar 1932 eintragungen worden auf Blatt 43, betreff. die Firma G. H. Pechle in Nürnberg: Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Riesa, den 28. Januar 1932.

Freitag, den 29. Januar, nachmittags 2.30 Uhr soll in Kreisrat, Rathaus, 1 Büttel verkündigt werden. Riesa, am 28. Januar 1932.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Schuttablaubeplätze.

Zum Zweck einer allgemeinen Ausfüllung des Schuttablaubebuches in der früheren Formlandgrube auf dem städtischen Sportplatz gestalten wir hiermit, auf diesem Schuttablaubeplatze auch Bauschutz, Abschlags- und sonstige Bodenmassen abzulagern.

Die Ablagerung dieser Massen kann gleichfalls zu den hierzu freigegebenen Seiten (Mittwochs und Freitags nachmittags) geschehen.

Aus dem eingangs genannten Grunde bitten wir gleichzeitig alle übrigen Einwohner, Schutt und Erde von ihren Grundstücken bis auf Weiteres tunlichst nur nach dem genannten Schuttablaubeplatz abzutragen.

Riesa, am 27. Januar 1932.

Der Rat der Stadt Riesa.

Freibank Heyda.

Freitag, den 29. Januar, vormittags 9 Uhr frisches Hindfleisch. Pfund 40 Pf.

Freibank Bahra.

Freitag nachmittag 2 Uhr Hindfleischverkauf. Pfund 40 Pf.

und Abschnitte sehr
billig
zeigt Ihnen ein Schau-
fenster

Fritz Kretschmar
am Durchgang

1. Vokter billiger Bäckerei-Schumi kommt
Freitag und Sonnabend zum Verkauf.

L. Winkler, Hauptstraße 59.

Gasthof Tiefenau

Sonnabend, d. 30. u.
Sonntag, d. 31. Jan.

Bockbierfest

und Ballmußl.

Es laden freundlich ein

O. Seidel und Frau.

Verkaufe morgen Freitag

von 10—2 Uhr in

„Stadt Leipzig“

die letzten Hasen.

Böhmisches, Ledwin.

Breunholz

Rückseite, 2 mlg., ab Wald

Häbe Göblis, hat billig

abzugeben

Roumann, Holzhandlung

Zeitungsbogen.

Weine vom Faß

ab Donnerstag, 27. Januar 1932

Johannisbeerwein, rot. Pf. 0.80

Heidelbeerwein . . . Pf. 0.90

Grünebeerwein . . . Pf. 1.10

Tarragona, rot, lobbar. Pf. 1.25

Flaschen werden gefüllt

Sendung frei Haus!

Alfred Otto, Riesa-Gröba

Landstrasse 8, Telefon 254

200. Sächs. Landes-Lotterie

Die Aussändigung der Lotte 4. Klasse ist nur gegen Vorzulage der entsprechenden 3. Klopfenste zu zahlen.

Staatslotterie - Einnahme Hauptstr. 89 - Geor. 1886

Eduard Selberlich

Heimatbank-Geldlotterie Los 1.- RM.

Ziehung übermorgen u. Montag.

3-Zimmerwohnung

sofort zu verm. Kinder, Ehepaar ob. berufstätig
Fräulein bevorzugt.

Zu erst. im Tageblatt Riesa.

3-od. 4-Zimm.-Wohnung

zu mieten gesucht.
Angabe des Mietpreises erwünscht. Angab. n. E 1823
an das Tageblatt Riesa.

Laden (besit. Lage)

a. Spezialgeschäft zu miet.
gelebt. Öffentl. unt. D 1822
an das Tageblatt Riesa.

18jähriges Mädchen

vom Lande sucht Stellg.
in Riesa-Region. Bin zu allen Arbeit bereit. Angab. u. C 1821 a. d. Tabl. Riesa.

30-50 cm. Lagerraum

ext. Wohnung m. Laden.
Dage gleich. Öff. u. B 1820
an das Tageblatt Riesa.

1. Löffelerlehring

stet. Öffnen mit Schl. und
Wohnung im Hause ein.
Mär. Arbeit.
Löffelernte, Dörschnit.

Endentafel und Löff.

zu verkauf. Goethestr. 20.

Zur Hochzeit

allen Festen u. Gelegenheiten fertigt Neben,
Gedichte, Prologie usw.
schnellstens an.
Heim-Verlag, Nobelszell
Baden-Bodensee.

Chaiselongue

extra groß, aut. erh. dreisam.
u. vert. Gröba, Weiß. 2.2.

Aus Hamb. Großräucherei

wieder frisch eingetroffen:
ser. Schellack 1/4, Bild. 10 g.
ser. Seelack 1/4, Bild. 15 g.
ser. Fleischdinger 1/4, Bild. 15 g.
ser. Blau 1/4, Bild. 15 g.
ser. Sch. 1/4, Bild. 28 g.

Markthalle, Hauptstr. 5.

Notenkohl 1/4 Pf. 18 Pf.
Grünkohl 1/2 Pf. 12 Pf.
Zinat 1/2 Pf. 10 Pf.

Kartoffeln, Blumenkohl

ferner: Brotherrings, 4-Uhr.
Dose 1.75, Bratherrings,
2-Uhr. Dose 0.65, Kartoffeln,
2-Uhr. Dose 0.74, Hering

in Gelée, 2-Uhr. Dose 0.75

in Öl, 2-Uhr. Dose 0.75

in Butter, 5 Pf.

nur 1.— Dose empfohlen

Zieger, Bahnhofstr. 20.

Starke Hasen

im Fell, gespickt, geteilt,
pa. lebende Karpen

in jeder Größe
bis 5 Pfund schwer,

lebende Schleie

empfohlen

Carl Jäger, Gröba.

Gutes Wiesenhaus

Quetschbutter

Gädel

Waldschrot

Gerstenkörner

Rothenkörner

Weizenkörner

Spießkartoffeln

verkauft

zu billigen Lagerpreisen

Übermüller — Riesa —

Oskar Welle — Riesa —

Die wichtigste Grenzlandpolitik durch Stützung der Grenzlandindustrie.

Dresden, 28. Januar.

Vor der Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller behandelte Syndikus Dr. Schubert das Thema "Sachsen im schweren Grenzlandgefahr und unser Kampf für das Land".

Der Redner wies auf die hervorragende Bedeutung der sächsischen Industrie für das ganze Reich vor dem Weltkrieg hin und stellte darin eine Reihe interessanter Beispiele an. So seien die Fabriken noch heute bestehen an, die vor Jahrzehnten die Holzindustrie in Überhaupt gelaufen habe; die Grabsteine der Friedhöfe vieler Länder stammten von der sächsischen Steinindustrie; in Sachsen hergestellte Rädermaschinen arbeiteten in fast allen Teilen der Welt und sächsische Musikinstrumente würden in fast allen Teilen der Welt gespielt; fast drei Viertel der in Peru eingeschafften Fertigwaren seien von sächsischen Arbeitern hergestellt. Das Kriegsende habe hierin einen verbindnisvollen Wandel geschaffen, woran nach Ansicht des Redners nicht zuletzt eine falsche deutsche Wirtschaftspolitik Schuld trage. Sachsen liege jetzt an gefährlicher Stelle des europäischen Wirtschaftskampfes. Die Währungsveränderungen in den verschiedenen Ländern hätten Sachsen Industrie auf den gefährlichen russischen Markt abgedrängt.

Dr. Schubert kritisierte die Grenzlandpolitik der Reichsregierung, durch die die Gefahren für Sachsen weiter erhöht worden seien. Die wirkliche Grenzlandpolitik könne nur durch Stützung der Grenzlandindustrie getrieben werden. Vergleichbar habe die sächsische Industrie oft genug Vertretern der Reichsregierung an Ort und Stelle und besonders unmittelbar an der Grenze, z. B. in dem absehenden Hauseberg, die katastrophale Lage vor Augen gewahrt. Aus dem südlichen Grenzraum sei ein sächsisches Grenzland geworden. Eine starke Grenzlandpolitik sei nicht eine sächsische, sondern eine deutsche Aufgabe. Sie werde nicht vom Konkurrenzstandpunkt, sondern vom gefährdeten Grenzland gefordert.

Botschafter von Rauch vom Innenministerium bewies an Hand von Bildern, in denen die ungeheuren Rüstungen der Nachbarn Deutschlands gezeigt wurden, die Notwendigkeit eines umfangreichen und gut arbeitenden Luftschutzes. Da Deutschland die Haltung einer Luftflotte unterstellt sei, bleibe nur die Schaffung von Schutzmaßnahmen übrig.

Senfung der „gebundenen“ Bierpreise ab 1. Februar 1932.

Berlin, 28. Januar.

Die Verhandlungen mit dem Brauereigewerbe haben zu einer Senfung der gebundenen Bierpreise um 2 RM je halbliter Bierdose ab 1. Februar 1932 geführt. Die volle Senfung des biersteuerfreien Teiles des Erzeugerteiles um zehn Prozent laut Notverordnung ist damit nicht erreicht, wäre aber auch nur bei einer damit verbundenen Steigerung des Konsums vertretbar, die gegenwärtig nicht zu erwarten sei.

Eine etwaige Heraufsetzung der Biersteuer wird nicht nur den Verbrauchern vollauf zugute kommen, sondern auch der biersteuerfreie Teil des Brauereipreises wird dann um zehn Prozent gesenkt werden.

Die Maßnahmen des Reichskommissars für Preisüberwachung betreffs der freien Bierpreise und der Bruttoversandspanne der Spankwirte werden durch diese Regelung nicht berührt.

Zeitung gegen Tribute und Deflation.

Berlin. Der Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, sprach am Mittwoch abend im Kursaal.

Er wies einleitend darauf hin, daß Leipart im Bunde die Überzeugung habe, daß der in Versailles gegründete Friede kein wahrer Friede sei.

„ERNST AUGUST“ in der blauen wappengeschmückten Packung

ist eine Constantin-Cigarette von ausserleser Qualität. Wegen der Reinheit ihres Geschmacks, weiß der Raucher diese Marke besonders zu schätzen. Gleichzeitig haben die in jeder Packung liegenden farbenprächtigen außereuropäischen

„Ernst August-Flaggenbilder“ einen großen Freundeskreis gefunden.



Ernst August

Die köstliche Cigarette

5-



Groeners Leitgedanken für Genf. Der Kampf zwischen Machtgedanken und Rechtsgedanken.

In Berlin. Reichswehrminister Groener veröffentlichte in den „Blättern der Staatspartei“ einen programmativen Aufruf über die Abfertigungskonferenz, in dem er die Weimarer Verfassung, Versailler und die kommende Genfer Konferenz einander gegenüberstellt und als die deutsche Theorie für Genf: „Weile Freiheit, gleiches Recht und gleiche Sicherheit für alle Völker“ bezeichnet.

Der Minister führt dann weiter aus:

Durch nichts könnte der Machtgedanke von Weimar schwerer getroffen werden, als daß man ihm die ursprüngliche Form der Machtausübung, das Notmehrrecht, zwar äußerlich zubilligte, ihm aber die Mittel dazu vornehme. Durch nichts wurde die Freiheit mehr beeinträchtigt als durch die wehrpolitischen Beschlüsse von Versailles.

Vom Kapp-Putsch über den Herbst 1923 bis zum heutigen Tage von 1930 führt eine Linie, deren Ausgangspunkt in der wehrpolitischen Entwicklung Deutschlands durch Versailles liegt. Diese Erkenntnis lädt jene Ereignisse nicht entschuldigen, wohl aber begreifen.

Ein Mittel hätte es gegeben, diesen Gang der Dinge aufzuhalten: die Einlösung des Abfertigungsvorschusses der

Gegnermächte. Denn eine allgemeine Abrüstung im gleichen Umfang und nach den gleichen Methoden, wie sie Deutschland auslegte würden, hätte die wehrpolitische Dominanz des deutschen Volkes aufgehoben.

In Genf wird noch einmal der Kampf zwischen dem Machtgedanken und dem Rechtsgedanken entbrennen. Aber die Bedingungen der Auseinandersetzung werden andere sein als vor 18 Jahren. Im Gegensatz zu damals wird in Genf entweder ein freiwilliger Vertrag zu Stande kommen, oder es wird überhaupt kein Vertrag geschlossen werden. Für Illusionen ist nach dem letzten Jahrzehnt kein Raum mehr.

Genf wird nicht nur über das Maß der Rüstungen jedes Staates entscheiden, es entscheidet auch über Versailles, und in tieferem Sinne über Weimar. Es entscheidet über die Lebensfähigkeit des Völkerbundes und die Zukunft der abendländischen Kulturlinie, deren Widerläufer im Osten durchaus gewiß ist, das Erbe einer überlebten Ordnung des menschlichen Daseins anzutreten.

Darin liegt die nationalpolitische und die welthistorische Bedeutung der Abfertigungskonferenz des Völkerbundes.

Sollte die Amtszeit des Reichspräsidenten zu verlängern, dann müßte genau so gut eine andre Mehrheit das Recht haben, sie abzukürzen. Die unausbleibliche Folge einer derartigen parlamentarischen Amtszeitverlängerung würde eine in ihren Auswirkungen unabkömmliche Herabminderung des Ansehens und des Einflusses des Reichspräsidenten sein.

Nachdem Hitler nochmals die „Befestigung des heutigen Systems“ als die gegenwärtig „nationalpolitisch wichtigste Handlung“ bezeichnet und den Parteien des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie die Verantwortung für den Versailler Vertrag und seine Folgen zugeschlagen zu müssen geplaudert hat, schlägt er seinen offenen Brief mit dem Vorbehalt des Rechts der Kritik an der gegenwärtigen Regierung.

Heilbehandlung gleich Körperverletzung?

In Berlin. Der Strafrechtsausschuss des Reichstages beriet, wie bereits gestern kurz berichtet, am Mittwoch in Abwesenheit der Deutschen Nationalen, der Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei die Bestimmungen über die Körperverletzung. Unverändert angenommen wurden die grundlegenden Paragraphen. Sie stehen für die einfache Körperverletzung Gefangen bis zu drei Jahren oder Geldstrafe, in besonders leichten Fällen Straffreiheit vor, für schwere Körperverletzung Gefangen bis zu fünf Jahren, bei Todesfolge bis zu zehn Jahren, für gefährliche Körperverletzung Gefangen bis zu zehn Jahren, bei Todesfolge ohne zeitliche Begrenzung.

Eine längere Ausprache entspann sich über die Bestrafung der Heilbehandlung, lassen sie eine Körperverletzung darstellen. Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß das Strafgesetzbuch sich gegen die unverantwortliche Experimentiererei am Menschen richten müßten. Oberrechtsamtsrat Dr. Ebermann schillerte den Standpunkt des Reichsgerichts, wonach ärztliche Eingriffe unter allen Umständen, auch wenn sie funktionswidrig vorgenommen würden, eine rechtswidrige Körperverletzung darstellen, deren Rechtswidrigkeit lediglich durch Einwilligung des Kranken oder seines gesetzlichen Vertreters bestätigt werden könnte. Er wies darauf hin, daß es zu unmöglichen Konsequenzen führe, wenn man diese Einwilligung in jedem Falle verlangte. Wenn der Arzt gewissenhaft vorgehe und auf Grund seiner Diagnose eine Operation vornehme, sei nicht einzusehen, warum er bestraft werden solle. Bei fahrlässiger Praxis werde der Arzt wegen fahrlässiger Körperverletzung bestraft werden.

Die Kommunisten wünschten einen solchen Schutz nicht nur für Kerle, sondern auch für Heilfundi.

Schließlich wurde der Paragraph nach einem Antrage des Abg. Dr. Moses (Soz.) in folgender Fassung angenommen:

nen: „Günziffe und Behandlungen, die lobiglich zu Heilszwecken oder zur Verhütung von Krankheiten oder Verbrechen erfolgen und der Übung eines gewissenhaften Berufes entsprechen, sind keine Körperverlegerungen im Sinne des Gesetzes.“

Heute Donnerstag soll der Abschnitt Körperverlegerung zu Ende beraten werden.

Politische Tagesübersicht.

Glückswünsche zum 80. Geburtstag des preußischen Ministerpräsidenten. Der Herr Reichspräsident hat dem preußischen Ministerpräsidenten Braun in einem persönlichen Schreiben seine Glückwünsche zur Vollendung des 80. Lebensjubiläus ausgedroht. — Reichskanzler Dr. Brüning hat dem preußischen Ministerpräsidenten zu seinem 80. Geburtstage telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt, ebenfalls der Staatssekretär im Reichskanzler, Dr. Völker. — Reichsminister des Innern Dr. h. c. Groener hat dem preußischen Ministerpräsidenten Dr. Otto Braun auf Reiter seines 80. Geburtstags telegraphisch die bestlichsten Glückwünsche ausgedroht.

Ein Prozeß um Österreichs Ehre. Der Österreichisch-deutsche Volksbund stellt mit: Sonnabend findet vor dem Einsiedlergericht Berlin-Mitte ein Beleidigungssprozeß statt, den der Schriftsteller Dr. Behmering gegen den Herausgeber und Verantwortlichen Redakteur der Monatsschrift „Deutschland“ wegen eines Artikels angestrengt hat, der von dem Preßchef der österreichischen Landeszeitung, Sektorial Dr. Wasserbäck, stammt. Dr. Behmering hatte in der „Neuen Revue“ des Herrn v. Gentz einen Schmähartikel gegen Österreich gefasst. Dr. Wasserbäck widerlegte in einem Gegenartikel die Unterstellungen des Artikels und polemisierte gegen den Autor in scharfer Form. Dr. Wasserbäck hat mit Genehmigung der Wiener Regierung auf seine Exterritorialität verzichtet und wird als Zeuge aussagen. Als weitere Zeugen sind Union und Partei von Gentz nachalarmiert worden. Die Vertretung des Beflagten hat der Anwalt der österreichischen Gesandtschaft, Prof. Dr. Schachan übernommen.

Der Reichsparlamentarier rüft weiter. Wie wir hören, hat der Reichsparlamentarier in diesen Tagen mit der Prüfung der drei Landesfinanzämter und ihrer Unterstellen in Bayern begonnen, nachdem er inzwischen acht Landesfinanzämter in Nord- und Mitteldeutschland durchgeprüft und begründete Gutachten über sie erstattet hat.

Neue Veränderung des preußischen Haushaltplanes. Da der preußische Haushaltplan für 1932 innerhalb des Staatsministeriums noch nicht verabschiedet werden konnte, sind die Erörterungen des verhältnismäßig Haushaltshauses des Staatsrates, die am 4. Februar beendet werden sollten, und die für Donnerstag, den 11. Februar in Aussicht genommene Plenariertagung des Preußischen Staatsrates abgesetzt worden. Die nächste Staatsaufsicht wird im Februar erst anberaumt werden, sobald sich übersehen lässt, zu welchem Zeitpunkt sich die Einbringung des Haushaltplanes beim Staatsrat wird ermöglichen lassen.

Die Vorwürfe gegen den preußischen Finanzminister. Mehrere deutschnationale Landtagsabgeordnete hatten in einer kleinen Anfrage gefragt, ob es wahr sei, daß der preußische Finanzminister Kleyer bei einem Empfang der Vertreter der preußischen Staatsarbeiter gesagt habe, Preußen brauche eigentlich keine Lohnkürzungen und die Arbeiter hätten es sich selbst auszuzeichnen, wenn Preußen lebt dem Reiche folgen müsse; denn es wäre nicht nötig zu zweien, wenn die Arbeiterschaft sich die Herabsetzung im Reich nicht hätte gefallen lassen. Wie jetzt amtlich mitgeteilt wird, hat der preußische Finanzminister die Anfrage vornahmend beantwortet und erklärt, daß die ihm in den Mund gelegten Äußerungen upwährt Behauptungen seien.

Kriegsgefängnisordnung in Braunschweig. Mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen häufig vorgekommenen politischen Schlägereien und Überfälle hat das Polizeipräsidium eine Kriegsgefängnisordnung erlassen. Danach ist u. a. das Siedenbleiben ohne ersichtlichen Grund und jedes Ansammeln von Personen auf Straßen oder öffentlichen Orten verboten. Ferner sind alle aus Anlaß der morgens noch mittag stattfindenden Einsässerung eines bei Zusammenstößen erschossenen Reichsbannermannes von den Gewerkschaften und der SVD „volkstümliche Demonstrationen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ verboten worden.

Ablösung legalistischer Vertragungsanträge in der französischen Kammer. Bei Beginn der Aussprache über die Ablösung der Zahl der Abgeordneten der nächsten Legislaturperiode wurden gestern von den Sozialisten hineinander drei Vertragungsanträge eingeholt. Einerlei drei Anträge wurden abgelehnt und die Weiterberatung auf nachmittag festgesetzt.

Berordnung über die Bildung eines Auslandschulden. Der Deutsche Reichsangeiger veröffentlicht den Wortlaut der bereits am Sonnabend angekündigten Verordnung über die Bildung eines Auslandschulden für Auslandschulden. Der Auschuß besteht aus höchstens 8 Mitgliedern. Ein Mitglied wird von der Reichsregierung und von der Reichsbank ernannt, drei weitere Mitglieder ernannt die Reichsregierung im Benehmen mit der Reichsbank aus den an den Auslandschulden beteiligten deutschen Wirtschaftskreisen. Wird von dem Auschuß ein Geschäftsführer gewählt, der nicht dem Auschuß angehört, so tritt er dem Auschuß als Mitglied hinzug.

Die Nationalsozialisten verlangen Todesstrafe für politischen Mord. Im Zusammenhang mit der Ermordung des 13-jährigen Kommunisten Hessekt Korfus verlangt der „Bölkische Beobachter“ die sofortige Einführung von Strafgerichten zur Aburteilung aller politischen Mordverbücks und Mordpläne. — Das Blatt verlangt weiter die Todesstrafe für jeden, der vor läßlich einen anderen Volksgenossen mordet oder zu ermorden versucht, nur weil er politisch einer anderen Richtung angehört.

Preußische Auslegungsschlußlinien zum Uniformverbot. Wie der amtliche preußische Pressebeamte mitteilt, hat der preußische Minister des Innern in einem blauerlichen Auslegungsschlußlinien zu dem Uniformverbot der zweiten Notverordnung herausgegeben. U. a. fallen auch Kleidungsstücke, die von der üblichen bürgerlichen Kleidung nicht abweichen, unter das Uniformverbot, wenn sie infolge ihrer erkennbaren einheitlichen Ausmachung dazu bestimmt sind, die Träger als Angehörige einer bestimmten politischen Organisation zu kennzeichnen.

Leon Blum gegen französische Staatspolitisches im Saal gespielt. Leon Blum wendet sich im „Populaire“ gegen die Vorläufe der französischen Reichsregierung, das Saargebiet nicht über aus der Hand zu geben, das Deutschland seinen Tributverpflichtungen nachkommen sei. Der Führer der Sozialisten weiß darauf hin, daß diese Vorwurf eine Verlegung des Verfaßter Vertrages bedeute. Wenn man anderen Wändern eine Lehre über die Bedeutung von Verträgen ertheile, so müsse man ihnen selbst mit galem Beispiel vorangehen. Der Verfaßter Vertrag habe das Schicksal des Saarvertrages. — Also Deutschland, sondern Frankreich würde es in diesem Falle sein, das die Verträge als Verlierer behandele.

Die Wirtschaftsverbände beim Preisstommissar.

Der Vorstand der Dresdner Kaufmannschaft hat Gelegenheit genommen, mit Vertretern des Wirtschafts-Verbandes Sachsischer Industriecler, Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels, Sächsische Einzelhandels-Gemeinschaft — dem sächsischen Preisstommissar, Ministerialrat Dr. Scheller, vorzusprechen, um eine Rückung verschlechter durch die Notverordnung vom 8. Dezember v. J. ausgeworfenen Fragen beobachtet zu können.

Der Preisstommissar hat dabei zunächst gegenüber Preßemeldungen richtiggestellt, daß er eine Neuordnung des Handels, das Publikum solle unter Umständen gegenüber Wirtschaftsgruppen oder Betrieben, die eine Preisentwertung nicht in entsprechendem Maße durchführen, zum Räuberstreit greifen, wie das kürzlich in der Presse anlässlich einer Befreiung mit Vertretern des Beamtenbundes behauptet worden war, wobei dem Wortlaut noch dem Sinne nach getan habe. Das sei eine völlige Entstellung dessen, was er gesagt habe. Die Erfahrungen der Wirtschaftlichkeit hätten gelehrt, daß die Größe der Wirtschaft nicht durch behördliche Eingriffe ausgeschlossen oder auf die Dauer beeinflußt werden könnten. Er legt deshalb besonderen Wert ebenso auf eine Mitarbeit der Wirtschaft, wie auf die der Verbraucher.

Von den Wirtschaftsgruppen ist in diesem Zusammenhang dabei vor allem auf folgende Tatsachen hingewiesen worden:

1. Nach den Bestimmungen der Notverordnung sei eine zehnprozentige Preisentwertung nur auf Markenartikel — sofern sie nicht seit 1. 7. 31 ohnehin bereits erfolgt ist — und sogenannte gebundene Waren vorgeschrieben, während die Preiserminderung auf andere Waren, zu deren Beobachtung der Preisstommissar zuständig sei, nur im Einzelfalle beurteilt und behandelt werden könne. Die vielfach im Publikum und auch bei einzelnen Teilen der Abnehmerkreise verbreitete Ansicht, daß alle Preise um 10 Prozent oder mehr gesenkt werden müßten, und sie sogar zu eigenmächtigen Abfällen von den Rechnungen geführt hätte, finde daher in den gesetzlichen Bestimmungen keine Stütze, und es sei Pflicht des Preisstommissars, aufzuklären dagegen einzutreten, weil sonst schwere Erhöhung der Wirtschaftslasten unvermeidbar seien.

2. Bei einer gerade für die Bekleidung und Ernährung des Volkes wichtigen Reihe von Waren könne eine gleichmäßige Senkung der Waren gar nicht durchgeführt werden, weil die Preisbildung nur zu einem geringen Teile vom

inländischen Unternehmen beeinflußt werden könne. So sei die Preislage bei den vom Auslande importierten Waren, zum Beispiel Kolonialwaren, Baumwolle usw., von der Weltmarktlage abhängig, während sie bei vielen anderen Waren, vor allem den landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch die Höhe bestimmt werde. Andere Waren wieder, z. B. Tabakzeugnisse, Spirituosen, Kaffee seien durch die Höhe und Steuern in einem den reinen Warenpreis weit übersteigenden Maße vorbelastet, so daß eine Senkung des Verkaufspreises etwa 10 Prozent völlig unzureichbar sei, weil dies den Unternehmern in den reinen Warenpreis eingeschlagen habe.

3. Es müsse vor allem darauf hingewiesen werden, daß auf dem meiste Gebieten eine Preisentwertung im großen Ausmaße schon längst vor Er scheinen der Notverordnung durchgeführt worden sei, denn die Großhandelsrichtzahl sei seit Beginn des Jahres 1932 bis jetzt ständig — insgesamt um über 25 Prozent — gefallen und habe mit einer Punktzahl von 101,4 im Januar 1932 fast genau den Friedensstand erreicht, während die Kreise des Einzelhandels bei zahlreichen Warengruppen für Ernährung und Bekleidung im letzten Jahre teilweise um 20—40 Prozent herabgegangen seien, so daß das Unternehmertum seit langem nur noch von der Subsistenz lebe.

4. Eine wesentliche Herabsetzung der Unferten sei auch durch die Notverordnung nicht herbeigeführt worden, denn durch die Erhöhung der nicht abminderbaren Umlaufkosten und der neu verordneten Ausgleichsziffer bei der Einfuhr in Höhe von 2 Prozent sei gleichzeitig wieder eine beträchtliche Steigerung der Waren herbeigeführt worden. Es sei deshalb Aufgabe des Preisstommissars, vor allem auf die Erhöhung der Warenpreise für Strom- und sonstigen Lasten zu dringen und auch den Wegfall der besonders ungerecht wirkenden Belehrungsgebühren in Sachsen zu erwirken.

Nachdem seitens der Wirtschaftsverbände nochmals betont worden war, daß sie durchaus gemäßigten, im Sinne der Notverordnung und im Rahmen der Möglichkeit an der Preiserminderung mitzuwirken, erklärte der Preisstommissar, daß die vorgebrachten Auslegungen erhebliche Brüderung verhinderten. Er hoffte, in einer Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsgruppen, für deren Bereitswilligkeit zur Unterstützung der ihm gestellten schwierigen Aufgaben dankte, zur Lösung der ihm gestellten schwierigen Aufgaben beitragen zu können.

Beg mit der Kriegsschuldfrage!

Eine Rundgebung der nationalen Frauenverbände in Dresden.

* Dresden. Der Stahlhelmfrauenbund hatte im Verein mit zahlreichen anderen nationalen Frauenverbänden für Dienstag zu einer Rundgebung gegen die Kriegsschuldfrage aufgerufen. Als Redner war Polizeioberst a. D. Müller-Brandenburg, ein ausgezeichneter Sachkenner auf diesem Gebiete, gewonnen worden. Auf Grund französischer, russischer und englischer Urkundenmaterials führte er einleitend den klaren Nachweis, daß spätestens von 1912 an die leitenden Staatsmänner der Entente planmäßig den Weltkrieg einfeststellen hätten. Die Kriegsschuldfrage sei für uns und nicht nur eine Ehrenangelegenheit, sondern eine Sache von großer politischer Bedeutung. Der verlorene Krieg habe für uns mit dem Vorstriedenvertrag vom 5. 11. 1918 geendet, in dem sein Wort von Tributen, von einseitiger Einwohnung, von der Kriegsschuldfrage, vom Raub der deutschen Kolonien und der Hansaflotte und kein Amtshausverbot gehanden habe. Dieser Vorstreden wäre von der Entente unter Bruch des Völkerrechts befreit, der erste Außenminister der Republik, Graf Brodbeck-Hanau, habe aber durch seine in Verallgemeinerte Erklärungen den Friedensvertrag Deutschlands auf den Vertridsenvertrag festgelegt. Nur von dieser Reduzierung aus kann Deutschland den Kampf um seine Freiheit erfolgreich führen. Aber von den Regierungsschulen in Deutschland sei in dieser Hinsicht nichts geschahen, weil man sich der Illusion einer Verhinderung mit Frankreich hingegeben habe. Auf Neuerungen feindlicher Staatsmänner ist ständig, wie der Redner dann noch, daß die Tributzahlungen ausdrücklich mit der Kriegsschuldfrage und nicht mit dem Verlust des Krieges begründet worden sind. Die Bedeutung der Wehrhoheit für den Kampf und die Wehrhoheit unseres Volkes betonten, verlangte Oberst Müller-Brandenburg schließlich, daß die Reichsregierung eine Politik des Widerstandes führen und den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage auf den ganzen Winde ausstossse.

Nach der mit härmischem Beifall aufgenommenen Rede wurde eine einstimmig angenommene Fassschaltung an den Reichspräsidenten und an das Reichsministerium des Inneren gestellt, in der es u. a. heißt:

Noch immer ist der Artikel 281 des Verfaßter Vertrages in Kraft. Wir fordern, daß die Reichsregierung mit aller Energie die notwendigen Maßnahmen ergreift, damit dieser Artikel Deutschland schamlos und endlich gestrichen wird. Er heißt eine Verwertung und Verherrlichung der Züge der. Die Existenz der Reichs und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Fortschritt aller Nationen haben gezeigt, daß Deutschland keinen Gegeng zu Schwert geprägt hat und keine Schuld am Weltkrieg hat. Das deutsche Volk hat auf Grund der Vertridsabreden, die nach heiligem Sieg noch allein die Deutschland und seine Sogenotz maßgebend sein können, den Anspruch auf Sicherheit und Gleichberechtigung. Wir deutschnationalen Frauen lehnen die Schändung der deutschen Ehre durch den Artikel 281 vor aller Welt leidenschaftlich ab.

Nach der mit härmischem Beifall aufgenommenen Rede wurde eine einstimmig angenommene Fassschaltung an den Reichspräsidenten und an das Reichsministerium des Inneren gestellt, in der es u. a. heißt:

Sofitbeispiel gegen den Graf Sellendorf beantragt.

Berlin. (Kunststr.) Außer einem wegen Erkrankung entzündeten Angeklagten fehlte heute bei Beginn des Prozesses wegen des Kriegsvertragsstammes Graf Sellendorf. Rechtsanwalt Dr. Seitz hatte bereits gestern abend den Staatsanwälten mitgeteilt, daß Graf Sellendorf an einer wichtigen Führungserbreibung in Münchener Münchener müsse und daher heute nicht zur Verhandlung erscheinen könne. Die Antwort des Landgerichtsdirektors Ohnsorge, daß Graf Sellendorf unbedingt zur Verhandlung erscheinen müsse und daß er evtl. einen Vorführungs- oder Sofitbesatz zu erwarten habe, kreichte den Angeklagten nicht mehr, da er inzwischen zum Bahnhof gefahren war. Staatsanwalt Schafrau Dr. Stenzl beantragte zu Beginn der Sitzung Sofitbeispiel gegen den Grafen Sellendorf, da in seiner Fahrt nach München eine offensichtliche Fluchtaktion des Verdächtigen. Graf Sellendorf will ganz genau, daß keine Anwesenheit bei der Fortführung des Prozesses notwendig sei. Rechtsanwalt Dr. Treibel wies dagegen darauf hin, daß Graf Sellendorf bei der Aufforderung sofort nach München zu kommen, in einen schweren Gewissenskonflikt geraten sei. Aber schließlich stand er als Reiter der SW. auf einem wichtigen politischen Punkt, so daß unter Umständen seine Unwissenheit bei einer politischen Konferenz wichtiger sei als bei einer Vertridsverhandlung, wo jetzt nur neue Zeugen berichtet würden, die von der ihm vorausgesetzten strafbaren Handlung nichts wissen.

Sollte Rüttitrittsgericht?

* Berlin. Im Zusammenhang mit dem Entwurf Dr. Groener und Dr. Brüning beim Reichspräsidenten sind in Berlin politischen Kreisen bereits Rüttitritts aufgetaucht, die von einem bevorstehenden Rüttitritts des Reichskanzlers und seine Eröffnung durch Reichsminister Groener wissen wollen. Wir können feststellen, daß alle derartigen Rüttitrittsansprüche falsch sind. Von einem Rüttitritts des Kanzlers kann gar keine Rede sein; er liegt auch keine derartigen Rüttitritts vor. Die amtliche Mitteilung über seinen Besuch beim Reichspräsidenten bestätigt ausdrücklich, daß der Kontakt es auf anßenpolitische Fragen bezog. Das liegt ja auch um so näher, als die Reparationsforderungen des Reichspräsidenten nicht aus Problemen und Lieber die Ausrüstung für die Verhandlung erforderte. Dabei wäre es natürlich denkbar, daß in der Unterhaltung zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten auch die Frage der Wiederauswahl gekreist worden ist. Es muß aber bestont werden, daß diese Frage im Augenblick gar nicht mehr so sehr jenseits der Reichsregierung ist, daß ihre Vorbereitung jetzt vielmehr in den Händen des privaten Ausschusses liegt, der in aller Stille arbeitet. Es wird verhüllt, daß seine Beratungen gut vorwärts kommen. Schon aus diesen Rüttitrittsdurchsagen ergibt sich, daß die Gerichte über einen Rüttitritts des Reichskanzlers der Grundlage entbehren.

Die litauische Hebe geht weiter.

Rowno. Die hier seit Wochen allseits geführte Debatte gegen die Autonomie des Memelgebietes scheint jetzt ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Das Organ der Regierungspartei „Lituanos Libas“ nimmt am Mittwoch in einem Verfaßter Artikel zu den jüngsten Ereignissen im Memelgebiet Stellung, der gewissermaßen als eine Fassschaltung eines bewaffneten Eingriffs der Zentralregierung gegenübersetzen den autonomen Behörden des Memelgebietes geworfen kann. Nachdem das Blatt die bereits am Gegenende eines deutlich-litauischen Rotenstauchs ausgesetzte und seine Aussicht auf den Memelgebiet nach Rowno gelangt, verlangt das Regierungsoberamt, daß durch das Memelgebiet eine Rüttitritts verhindert wird, verhindert und verhindert wird, daß die Memelgebiet die Memelgebiet einziehen kann. Wie die Memelgebiet die Memelgebiet einziehen kann, ist die Frage, die die Memelgebiet entbehren.

Ein neues Arbeitsbeschaffungsprojekt.

* Berlin. Reichsbundesrat Röhr hat diesen Tag in einer Versammlung von Mitgliedern anwesend, meint eine weitere Arbeitsbeschaffung durch Verhandlungen mit unterschiedlichen örtlichen Behörden einzuführen. Wie wir erfahren, wird der Reichstagspräsident heute mit Reichskanzler Dr. Brüning eine Besprechung über dieses Problem haben.

Handelspolitik des Binnenmarkts.

Der zu untersuchten Szenen wird, wie die „Bundesrepublik Wochensatz“ mitteilt, dem Übergang Hollands zur Einfuhrkontingentierung ganz besondere Bedeutung für die weitere Gestaltung der Handelspolitik beigemessen. Man betrachtet das als eine entscheidende Fortsetzung der internationalen Bewegung gegen die handelspolitische Maßbegrenzung und begrüßt es besonders, daß Holland mit der Art der Durchführung zu erkennen gibt, wie wenig auch nach holländischer Ausfertigung die deutsche Butterpolizeiung aus dem Rahmen der internationalen Geplogenheiten fällt. Holland hat sich im Handelsvertrag das Recht der Kontingenzerzung der Einfuhr vorbehalten. Nach der leichten Durchführung ist allgemein nur noch eine Einfuhr für zulässig erklärt worden, die im Rahmen von 60 Prozent der Einfuhr aus dem Jahre vorangegangen 1928/29 liegt. Damit werden angeblich bis 1931 bereits zu verzeichnenden Rückgangen die deutschen Interessen verhältnismäßig wenig berührt. In der Haupthalle steht für die holländische Quotenregelung als eine besondere Art der Abwehr gegen die Dumpingimporte aus den unterentwickelten Ländern dar. Um deutlichstes ergibt sich das aus einem vollständigen Verbot für die Einfuhr aus Dänemark.

Man hat allerdings damit zu rechnen, daß es in Holland bei der Festlegung auf 60 Prozent nicht sein Bewenden haben wird. So muß sich wenigstens gegenüber den Staaten, die noch an der Goldparität festhalten, die Notwendigkeit einer Steuerregelung der Handelsvereinbarungen ergeben. Dabei wird kaum eine andere Wahl bleiben, als die Vereinbarung von gegenseitigen Einfuhrkontingenten, die den beiderseitigen echten Bedürfnissen des Binnenmarktes entsprechen. Das liegt auch nach der von den Franzosen schon seit geraumer Zeit, und zwar im ausdrücklichen Widerspruch gegen die Handelsvereinbarungen, durchgeführten Kontingenztarif fest. Sowohl hier Deutschland in Betracht kommt, werden die entsprechenden Entscheidungen im Laufe der Verhandlungen der deutsch-französischen Ausschüsse bald fallen müssen, nachdem dieser gerade in den grundsätzlich wichtigsten Fragen keine einheitliche Basis gefunden werden konnte. Auf einer ähnlichen Linie liegen die Vereinbarungen, unter Besichtigung der bisher noch vorliegenden Einsprüche die Präferenzverträge mit Ungarn und Rumänien im vollen Umfang in Kraft zu setzen und durch Präferenzverträge mit Jugoslawien und Bulgarien noch im Laufe des Frühjahr zu ergänzen. Da bei den Präferenzen hier bereits Kontingenzerungen vorgenommen sind, ist die Einordnung in ein neues handelspolitisches System unter Berücksichtung der Maßbegrenzung bei voller Wahrung der deutschen Ausfuhrinteressen durchaus möglich. Wird die Quotenregelung selbst auch noch außerordentliche Schwierigkeiten bereiten, so kann man doch damit rechnen, daß es gelingt, die Gestaltung des Binnenmarktes in den Mittelpunkt der künftigen Handelspolitik zu stellen, um somit auch wieder eine solide Grundlage für eine dauernd gesicherte innere Kaufkraft zu schaffen, die bei der einstige auf Exportinteressen eingestellten Maßbegrenzungspolitik bis zu dem heutigen kritischen Maß verloren gegangen war.

Neues Ultimatum der Japaner

an den Bürgermeister von Shanghai

Shanghai, 28. Januar. Der japanische Konsul hat dem hiesigen Bürgermeister ein Ultimatum überreicht, das eine Beantwortung der japanischen Forderungen vom 18. Januar bis spätestens Donnerstag verlangt. Hier glaubt man, daß die Japaner nur durch die bedingungslose Annahme ihrer Forderungen zufriedenzustellen sein werden.

Die Behörden der shanghaier Chinesenstadt haben beschlossen, das japanische Ultimatum an zu nehmen. Sofort nach seinem Empfang haben sie dem Sicherheitsamt befohlen, die antijapanischen Gesellschaften der Stadt aufzuhören.

Der Völkerbund läßt den Mandatsstreit ungelöst.

* Genf. Der Völkerbundrat trat am Mittwoch nachmittag unter Aussluß der Vertreter Chinas und Japans zu einer Sitzung zusammen, in der eine Erklärung durchgetragen worden ist, die Paul Vonour als vorläufigen Abschluß der Verhandlungen über den japanisch-chinesischen Streitfall abgeben soll. Diese Erklärung wird die Verpflichtung übernehmen, die die japanische Regierung hinreichlich des Grundsatzes des offenen Türl im fernsten Osten abgegeben hat, im übrigen jedoch auf die bereits von Japan und China eingegangene Verpflichtung, jede weitere Verstärkung des Streitfalls zu vermeiden, hinweist. Die Erklärung soll nach ihrer Annahme durch die 12 Ratsmächte dem japanischen und chinesischen Vertreter vorgelegt werden. Die Verhandlungen über diese Erklärung werden voraussichtlich noch einige Tage in Anspruch nehmen. Die Erklärung hat jedoch keinen praktischen Wert, da die beiden Parteien darin keinerlei neue Verpflichtung übernehmen, und vor dem Abschluß der Arbeit des Untersuchungsausschusses neue Maßnahmen des Rates nicht zu erwarten sind. Die Erklärung des Ratspräsidenten bezweckt lediglich, vor der Öffentlichkeit den Eindring eines angeblichen Vorwurfs des Völkerbundsrates zu geben.

Unterschlagungen bei libyschen Roffen.

Selbstmord eines Verhafteten in der Zelle.

* Detmold. Die libyschen Sicherheitsbehörden erhielten am Dienstag Mitternacht über Unterschlagungen bei der Amtsparkasse Hohenhausen und der Landesbank-Kasse Alberdingk, wobei der Kassierer Sudmann von der Amtsparkasse Hohenhausen sofort verhaftet wurde. Dieser Beamte hat sich inzwischen vor der richterlichen Vernehmung in der Zelle des Amtsgerichtsgefängnisses Hohenhausen erhängt. Zwei weitere Beamte, Rentenbeamtenbediensteter Künning aus Alberdingk und der Kassierer Havel wurden ebenfalls verhaftet und geben zu, mit dem aus dem Leben verschiedenen Sudmann in letzter Zeit etwa 15 000 DM. unterschlagen zu haben. Wie Untersuchung ist in vollem Gange, da angenommen wird, daß die untergeschlagenen Beträge wesentlich höher sind, als bisher festgestellt worden sind.

Der Zusammenstoß in der Kolonie Helgoland.

* Berlin. Die Anglikanische Kirche hält mit: In der Vorberichterstattung wegen des Zusammenstoßes in der Kolonie Helgoland hat der Untersekretär des Auswärtigen auf insgesamt 10 Personen aufgedeutet. Die Erneuerung der Vorberichterstattung erfolgt gegen vierzehn Zeittitel des Auges der Nationalsozialisten, gegen 3 Kolonisten und gegen 2 Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus. Seien 25 der in dieser Gasse festgestellten Personen in Gewahrsam genommen worden.

Steuerdeklaration bei Anwohnern der RSDA.

Bestätigungserhalt.

München. (Funktor.) Der nationalsozialistische Sturmabteilung, Wehrkamerad Sonnleitner, wurde in seiner Wohnung mit dem Schuß aus der RSDA, angeschossen. Ein Elektriker Weingarten aus Neuhausen beim Ausprobieren verbotener Stromabnehmer angetroffen, von dessen geheimen Nutzen die Polizei Kenntnis erhalten hatte. Sonnleitner hatte die Apparate in der vorbereitenden Nacht von dem Elektriker Weingarten mit einem Kraftwagen abgeholt. Die Werke, die eine vollständige Empfangs- und Sendestation darstellen, wurden politisch überwacht. Gegen die Beteiligten ist ein Verfahren wegen Verstosses gegen das Gesetz über Steuerdeklarationen eingeleitet worden.

Letzte Funkspur-Meldungen und Telegramme

vom 28. Januar 1932.

Gesamtbilanz des Parteidirektors Drewitz.

Berlin. (Funkspur.) Der Gesamtvorstand der Wirtschaftspartei tritt am Sonntag zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht, wie das Nachrichtenbüro des WDR erläutert, unter anderem auch die Behandlung des „Galles-Dreiwitz“.

Wittnau in Berlin eingetroffen.

Berlin. (Funkspur.) Die Sowjet-Delegation für die Wirtschaftskonferenz in Genf, die unter Leitung des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Wittnau besteht, und der u. a. Kunathowski und Stein angehören, ist heute in Berlin eingetroffen und führt anschließend nach Genf weiter.

Haftaufhebung wegen der RPD-Demonstration am 1. August 1931 in Berlin.

Berlin. (Funkspur.) Die Justizvollzelle teilt mit: Im Zusammenhang mit den trotz polizeilichen Verdotes durchgeführten Anti-Kriegs-Demonstrationen der RPD am 1. August vorherigen Jahres, in deren Verlauf der Polizeihauptkommissar Siebig durch einen Lungenstich schwer verletzt worden ist, hat die Staatsanwaltschaft schwer verklagt worden, daß 10 Personen erhoben. Gegen 7 weitere Angeklagte wird der Vorwurf der Begünstigung des Aufsturzes und des Vergehens gegen das Schuhwaffengesetz erhebt.

Röbelnster Raubüberfall auf einen Gußinspektor bei Berlin.

Bernau. (Funkspur.) Von vier maskierten Männern wurde heute vormittag auf der von Bernau nach Alberthof führenden Chaussee eine Gußstrohose überfallen, in der sich der Gußinspektor des bei Bernau gelegenen Berliner Stadtgutes Alberthof befand. Die Wegelagerer hatten es offenbar auf die 5000 RM. Lohngehalter abgesehen, die der Gußinspektor mit sich führte. Der geistesgegenwärtige Chauffeur gab Vollgas und fuhr mit großer Geschwindigkeit davon. Die Banditen beschossen das fliehende Auto.

Die oberösterreichische Eisenhüttenindustrie lehnt den Schiedspruch ab.

Kattowitz. (Funkspur.) Der Schiedspruch im Streitfall in der oberösterreichischen Eisenhüttenindustrie, der wie gewohnt, die Vorstände der bisherigen Bohmstöcke bis zum 31. März angeordnet hat, ist von der Eisenhüttenindustrie abgelehnt worden. Es ist anzunehmen, daß der Schiedspruch für verbindlich erklärt werden wird.

Die Belegschaft der Gräfin-Laura-Grube streikt.

Kattowitz. (Funkspur.) Die 1500 Mann starke Gesamtbetriebschaft der Gräfin-Laura-Grube ist in den Streik getreten, weil ein kommunistisches Betriebsratsmitglied verhaftet wurde. Nachdem die Sicherheitsbehörde auf Antrag der Grubendirektion den Mann freigegeben hatte, wurde am gestrigen Mittwoch eine Belegschaftsversammlung einberufen, die die Vorstände des Streiks beschloß zum Protest dagegen, daß die Ankündigung einer Rohrreduktion um 21 Prozent noch immer nicht aus dem Betrieb bestätigt ist.

Geheimnisvolles Attentat in Lipina.

Kattowitz. (Funkspur.) Vor der Wohnung einer deutschen Familie in Lipina wurde gestern eine Sprengstoffladung zur Explosion gebracht, die beträchtlichen Schaden anrichtete. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Generalstreik in Remberg mit einem Schwerverbrecher.

Warschau. (Funkspur.) Eine mehrstündige Schieherei entpann sich gestern in den Straßen Rembergs zwischen Polizeiautogen und einem Schwerverbrecher namens Grzebewski. Nach einer aufregenden Flucht war es dem Banditen gelungen, sich in einem Schuppen zu verschließen, von dem aus er aus mehreren Revolvern auf die von den belagerten Polizisten schoß bis er endlich durch eine schwere Verbundung kampfunfähig gemacht wurde. Grzebewski erlag seinen Verletzungen.

Gottlieb Michaelis gestorben.

Nürnberg. (Funkspur.) Der bekannte Schriftsteller Gottlieb Michaelis ist im Alter von 66 Jahren gestorben.

Verlängerung des 25-Millionen-Dollar-Kredits durch die Bank von Frankreich?

* Paris. „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß das Kuratorium der Bank von Frankreich in seiner heutigen Sitzung wahrscheinlich die Verlängerung des 25-Millionen-Dollar-Kredits, den die Bank von Frankreich seit Ende Juni 1931 der Reichsbank gewährt hat, beschließen werde; die Verlängerung soll sich aber nur auf einen Monat erstrecken.

Henderson nach Genf abgereist.

London. (Funkspur.) Der Vorsteher der Wiederaufbaukonferenz, Henderson, ist nach Genf abgereist.

Englischer Bankdirektor unverändert.

London. (Funkspur.) Die Bank von England hat auch heute ihren Diskontsatz auf unverändert 6 Prozent belassen.

Zusammenkunft MacDonald-Rival in der zweiten Februarwoche?

* London. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph“ bezeichnet es als denkbar, daß Macdonald, wenn er sich in der zweiten Februarwoche nach Genf begebe, in Paris seine Kreise unterdrücken und eine Konferenz mit Rival haben werde.

Die Aufzehrung der Sage in Shanghai.

Shanghai. (Funkspur.) Die internationalen Streitkräfte der ausländischen Kommissionen haben Einstellungen beibehalten.

Shanghai nimmt das japanische Ultimatum an.

* Paris. (Funkspur.) Wie die Agentur Anglofranzösisch aus Shanghai meldet, hat der chinesische Bürgermeister von Shanghai den japanischen Forderungen häupgesessen. Vorstehender sind die Grenzen der internationalen Zone mit Stacheldraht gesichert worden. Trotz der Annahme der

feindlichen Forderungen durch die Chinesen befürchtet man eine Belagerung der alten japanischen Koncessionszone durch die Japaner. Die japanischen Konsuln befinden darauf, daß die in Ningting und in der chinesischen Stadt von Shanghai wohnenden Japaner in die Koncessionszone fliehen.

Das japanische Konsulat in Ningting verläßt die Stadt. Ningting. (Funkspur.) Das Personal des japanischen Konsulats ist an Bord eines japanischen Kriegsschiffes gegangen.

Chinesischer Überfall auf eine japanische Zeitung in Chardin.

* Tokio. Eine japanische Meldung aus Chardin aufzeigt stürmten gestern abend etwa 20 chinesische Soldaten in ein japanisches Zeitungshaus im japanischen Viertel von Chardin und zerstörten die Maschinen.

Japanische Truppen nach Chardin.

* Tokio. Wegen der Ermordung japanischer Staatsangehörigen in Chardin soll, wie verlautet, eine in Tschongchun stationierte japanische Truppenabteilung nach Chardin geführt werden.

Amerika will Japan boykottieren?

New York. (Funkspur.) „Herald Tribune“ berichtet, daß heute in einer Meldung aus Washington besonders mit den Verhandlungen über ein gemeinsames Vergessen mit England in der Schanghai-Frage. Das Blatt hebt in einer Schlagzeile hervor, daß die Vereinigten Staaten den Boykott Japans erfordern. Auch die übrigen Völker nehmen in den Ereignissen im östlichen Osten eingehend Stellung.

Bemerktes.

Feuer tödlicher Greifin in Berlin. Die 88 Jahre alte Witwe Anna Eberts, die in der Wohnung ihrer Tochter in der Herderstraße ein kleines Zimmer bewohnt, hat gestern früh einen lästigen Feuertod erlitten. Die Greifin, die schon seit längerer Zeit betälig war, wollte ein auf ihrem Nachttisch stehendes Licht anzünden. Dabei fiel ihr vermutlich das brennende Streichholz aus der Hand und zündete das Bett an, das bald in hellen Flammen stand. Auf die Hilferufe der alten Frau eilte ihre im Nebenzimmer schlafende Tochter herbei, der es gelang, das Feuer zu löschen. Die Greifin hatte aber bereits zu schwere Brandwunden erlitten, daß sie bald nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Was auf einer ungarischen Bauernhöfe verübt wird. Nicht nur die berühmten schwäbischen Hochzeiten des Banats und der Balkan machen durch den gewaltigen Konsum an Lebensmitteln von Nachbarn; auch die ungarischen Hochzeitsfeste einzelner Gegenden sind durch die traditionelle Freigebigkeit der Brauteltern im ganzen Lande bekannt geworden, aber weniger, wie es im Volkssinne heißt, in sieben Komitaten. In der Ortschaft Ganz (Komitat Heves) hatte der 53jährige Landwirt Josef Golka ein junges Weib heimsucht. Die Hochzeit währt drei Tage und drei Nächte, und die Gäste verzehrten drei Dosen, 210 Hühner, 72 Truthahnen und 120 Torten, während der Durst mit jedem Getränkter Wein gelöscht wurde.

Der älteste serbische Komitatsch mit 128 Jahren gestorben. In einem südlawianischen Dorfe bei Banjaluka ist gestern ein alter Tag in dem biblischen Alter von 128 Jahren Vojko Schurban gestorben. Er war nicht nur der älteste Serbe, sondern auch der letzte Überlebende jener sechzig Freikaren, die seit den Zeiten der Türkenherrschaft bestehen und berügt waren. Schurban war mit 18 Jahren aus seiner Heimat in die Berge geflüchtet und hatte als Mitglied einer Bande an Hunderten von Streitgegnern und Überfällen auf die Bevölkerung und auf die türkischen Truppen teilgenommen. Später kam er mit den Komitaten nach Bosnien, wo er dann auch ganz gemeinsam Straßenraub trieb, bis die bosnische Polizei dem Bandenchef ein Ende mache. Schurban wurde dann ein friedlicher Viehzüchter.

Wie die Stadt Weil unverhofft zu 40 000 Mark kam. Auf dem Wollfabrikat in Weiltonne ein junger Angestellter nie seine Blöße in der öffentlichen Sicht zu zeigen; immer hatte er einen erheblichen Überdrusch. Da kam er auf den Gedanken, einschließlich der Röte stimmend zu machen. Die Gelder wurden mit den Bildern überwundem gemacht und so ging es fast zwei Jahre hindurch. Immer wenn sich ein Überdruck einstellte, wurden die Gelder beiseite gelegt. Unter dem neuen Bürgermeister wurde jetzt eine genaue Revision durchgeführt und man stellte erhebliche Verfehlungen fest. Als der junge Mann zur Rebe gestellt wurde, gab er die falschen Buchungen zu und als man ihn festnehmen wollte, öffnete er den Geldschrank und holte aus einem Behälter zum Staunen der Revisoren einen Betrag von rund 40 000 Mark hervor, die er im Laufe der Zeit „eingespart“ hatte. Der junge Mann wurde bestraft — aber an die freie Luft.

Ein neues Schachspiel. Der bekannte Schachspieler Capablanca hat der Öffentlichkeit eine Rendition des Schachspiels für Meisterschaften vorgelegt. Er will diese Turniere erläutern dadurch, daß das Brett hundert Teller statt bisher 64 haben soll. Die Figuren sollen um zwei vermehrt werden, nämlich um einen „König“ und einen „Pfeilschall“.

Das Deutschlandlied in der Ahmannshäuser Bauernschänke. Nicht geringes Aufsehen erregte Anfang Oktober 1930 die von einer Reihe von Zeitungen gebrachte Nachricht, daß der Eigentümer der weit und breit bekannten „Alten Bauernschänke“ zu Ahmannshäusern im Heiningau, der Gastwirt Prokop, in der Nacht zu Hindenburgs Geburtstag den in seinem Lokal anwesenden Gästen verboten habe, das von der Musikkapelle intonierte Deutschlandlied gelangt zu begleiten. Als Grund dafür war angegeben, Prokop sei Liederdicht und deutschfeindlich eingestellt. Die Folge dieser Beleidigung war eine Klage des Gastwirts gegen die Schriftsteller und Verleger einer Anzahl von Zeitungen, die zunächst erfolglos verlief. Nach einem Teilurteil mußten die Befestigungen in der fraglichen Zeitung widerstritten, daß der Käfige Liede sei und aus deutschfeindlicher Gemüthe verboten habe, das Deutschlandlied in seiner Schänke zu spielen und dadurch das deutsche Volk beleidigt habe. Gegen dieses Urteil erfolgte seitens des Schriftstellers der Zeitung Berufung, die nunmehr das Oberlandesgericht Frankfurt am Main abwarf. Das Oberlandesgericht Juhden forderte die Befestigung in voller Höhe und ausdrücklich die Wiederherstellung der Befestigung in voller Höhe.

Deutschlandlied bei anderen Gelegenheiten stets ungehindert habe singen und spielen lassen. Zur Rechtfertigung des Käfigs sei eine Landrats-Berufung anzufließen, wonach das Absegnen bayerischer Lieber nicht gestattet werden sollte, wenn Tageszeit und ausgelassene Stimmung der Gäste nicht mehr die Gewähr für eine würdige Aufnahme des Liedes zu bieten scheinen. Lieber die Höhe des Schiedsgerichtes, der von den beklagten Zeitungen bis zu 20 000 Mark gefordert wird, wird noch entschieden werden.

Turnen - Sport - Spiel - Wandern

Zur 12. DZ.-Handball-Sachsenmeisterschaft.

Nichts als sonst haben die sächsischen Turngau ihre Teilnehmer an den Meisterschaftsspielen der Sächsischen Turnerföderation ermittelt. Müllnstor Witterung ließ die Spielerinnen allenthalben statt versuchen. Während in den beiden letzten Jahren die zehn sächsischen Turngaue je zwei Mannschaften an der Sachsenmeisterschaft teilnehmen lassen konnten, treten 1932 erstmals 24 Vereine zur Vorruhe an. Die verstärkte Teilnehmerzahl war notwendig, um auf zweckmäßige Weise die drei besten sächsischen Mannschaften festzustellen, die Teilnahmerecht an der Deutschen Meisterschaft erhalten. Die zahlreichen starken Turngaue werden daher mit je drei Mannschaften vertreten sein.

19 Turner- und 8 Turnerinnen-Mannschaften haben durch Erfolge in den Hauptrichter berechtigt, dass die Beiblätter ausreichend erbracht und damit das Recht der Teilnahme erhalten.

Am Turngau Sachs. Oberlausitz ist der vierjähriges Meister Tu. Niederschöna diesmal unbeteiligt. Sein würdiger Nachfolger wurde Tu. Zentendorf. Neben ihm erscheint DTV. Zittau, der in früheren Jahren oft an der Spitze zu finden war und durch junge Kräfte wieder einen Aufstieg erlebt.

Der Meißner Hochlandbau stellt seine schon oft bewährten Spartenvereine Tu. Großebersdorf und Tu. Bobina, von denen ersterer wieder mit bestem Erfolg ausrichten ausserkämpft ist.

Auch im Turngau Mitteldeutsche-Dresden konnten sich ausnahmslos Vereine durchsetzen, die im Wettbewerb ums weiß-grüne Siegerband aufzulegen. Tanne, Pirna vertraten mit Erfolg den Meisterschaft. Tu. Leubnitz-Rennosa und Tisch. 1877 Dresden wählten ihr Ansehen als Altmaster.

Der Turngau Osterzwickau wird noch vom Tu. Vorstenhof und Tu. Halle vertreten lassen, die noch allen übrigen Gaumannschaften bedeutend überlegen zeigten und damit als würdigste Vertretung betrachtet werden müssen.

Westersächsische stellt gleichfalls die stärksten, hartnäckigsten Bewerber: Tu. Seifersdorf und Tu. Sachsenfeld. Sie werden von jedem Gegner ob ihres unberedebaren Kampfes ernst zu nehmen sein.

Im Turngau Chemnitzer Industriegebiet wechselten Vol. Tu. Chemnitz und Tu. Chemnitz-Gablenz den Rana. Dabei blieb noch der junge Nachwuchs des ehemaligen DZ-Meisters über alle Erwartungen gut. Dritter im Bunde ist der Tu. Burkendorf, dem zum ersten Male der große Wurf gelang, nachdem ihm schon oft das begehrte Ziel greifbar nahe war.

Der Turngau Mulde-Völke hat als einziger Gau keine endgültige Auswahl noch nicht treffen können. Erstlich erscheint das ohne weiteres, da sich bei ihm vier ehemalige Gaumeister um die beiden Plätze bewerben: Tu. Germania Werda, Tu. Jahn Zwickau, Tu. Steinpleis und Tbd. Glashau.

Der Turngau Vogtland kann diesmal neben seiner ständigen Vertretung durch ATB. Planau und Tanne, Planau noch den übrigen Tu. Reutlingen melden, während Turngau Nordböhmen durch ATB. Hainichen als Gaumeister und Tu. Braunkberg als Zweiten vertreten wird.

Im Turngau Leipziger Schlachtfeld hatte der Sachsenmeister TSB. 1867 Leipzig schweren Widerstand zu brechen, um erneut Gaumeister zu werden. ATB. Schonefeld, TSB. Bindenau und ATB. Wilsau bewerben sich noch um den zweiten und dritten Rang.

Wichtige Funde in der Villa des Dr. Salaban.

Berlin. (Funkspur.) Die Untersuchung gegen Dr. Salaban ist jetzt von der Polizeidirektion zu einem gewissen Abschluss gebracht worden. Bekanntlich hat Salaban gleich nach seiner Entfernung behauptet, dass er noch erst seit vier Monaten mit der Herstellung von Falschgeld beschäftigt. Es ist ihm jetzt nachgewiesen, dass er auch Falschgeld mit der Jahresbezeichnung 1925 und 1927 angefertigt hat. Kriminalbeamte hatten nämlich die Villa des Verbrechers in Lichtenfelde nochmals eingehend durchsucht. Die Schornsteine und die Wände wurden abgestopft. Schließlich wurden die Dielen aufgerissen. Auf dem Boden wurden zwei Dielen entdeckt, die das Verdeck für die noch fehlenden Prägestempel zu je zwei Stück aufwiesen. Damit war Salaban trotz aller Lügen endgültig überführt. Unter fingierten Namen hat er bei einer chemischen Firma fortlaufend das Metall begogen, das er zur Herstellung des Falschgeldes brauchte. Auf gleiche Art belegte er noch auch die Prädiktoren. Eine zweite Prädiktion fand er in einer Schlosserei im Februar 1931. Da dieses Stück nach seinen Angaben aber schlechter arbeitete als die erste, zerlegte er sie in einzelne Teile und verpackte die Stücke in mehrere Räumen und gab sie unter falschem Absender an fingierte Adressen auf. Sie sind also niemals an ihrem Bestimmungsort angekommen.

Wegen Vergehens gegen die Debattenverordnung verurteilt.

X. Värrach. Wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über die Deutschenbewirtschaftung sind die beiden Direktoren der bissigen Kreisbypothekenbank gestern mittag festgenommen und sofort dem Schnellrichter aufgeführt worden, der die beiden Angeklagten im Schnellverfahren zu je 8 Monaten Gefängnis und je 300 Mark Geldstrafe verurteilte. Da die beiden das Urteil nicht angenommen haben, wurden sie wegen Verhandlungsfreiheit in Untersuchungshaft abgeführt. Das Vergehen bestand darin, dass die beiden Direktoren eine langfristige ausländische Forderung nach Inkassotretern des ersten Stillschaltabkommen als kurzfristig behandelten und Rückabtümungen darauf vornahmen.

	Wasserstände	27. 1. 32	28. 1. 32		
Woldau: Namritz	+	26	+	28	
	Möbran	-	12	-	22
Eger: Zwickau	+	8	-	4	
Elbe: Rimburg	+	26	+	25	
	Brandis	-	9	-	14
	Meinitz	+	26	+	15
	Leitmeritz	+	20	+	14
	Küstrin	+	55	+	45
Dresden	-	96	-	102	
Neisse	-	26	-	30	

Verein f. Leibesübungen "Reichsbahn" Riesa.

Die 2. Sächsische Reichsbahn-Bundesmeisterschaften im Winterlauf sind vom Reichsbahn-Turm und Sportleiter für Sachsen vom 17. Januar auf den 14. Februar 1932 verlegt worden. Der Unterbaunort (Wöhlberg) bleibt bei Annaberg. Grundsätzlich bleibt der gleiche. Die Wertung erfreut sich auf Bobleitbahnen, Bobeln, Skifahren, Skilanglauf, Skilanglauf und Abfahrt sowie Eisstockschießen. Der Wettbewerb ist der 2. Februar 1932.

Goren.

Carnera steht bereit in Paris, Boquillon und Kampf am 5. Februar in Berlin.

Der technische Leiter der Boxveranstaltungen der Sportpolizei-Direktion, Hans Breitensträter, wird sich gefreut haben, als ihm mitgeteilt wurde, dass der italienische Boxer Carnera nun endlich in Paris gekämpft und seinen Gegner Boquillon in der zweiten Runde entscheidend geschlagen habe. Die Aussichten für den Großkampf haben im Sportpalast mit der Hauptnummer Carnera - Gähring sind dadurch besser geworden; denn die Berliner Boxinteressenten, die sich recht bald die Eintrittskarten im Vorberlauf besorgen sollen, haben doch wenigstens feststellen können, dass der Boxer, von dem man bisher lobend Widersprechend hörte, noch lebt, gefunden ist und auch in Zukunft in Europa boxen will. Viel mehr sagt der Pariser Kampf nicht. Es werden sich nur wenige einreden lassen, dass Carnera, nachdem er den französischen Schwergewichtler Bououillon bereits in der zweiten Runde k.o. schlug, in ganz großer Form sein müsste. Selbstverständlich wird sich Carnera im letzten Jahr verbessert haben, daran zweifelt niemand, aber andererseits darf man nicht außer acht lassen, dass sich Bouquillon sicherlich in höherem Maße verschlechtert habe und schon sehr bald die Ausichtlosigkeit erkannte, mit einem Gegner, der 68 Pfund schwerer ist, über die Runden zu gehen. Carnera wird am 5. Februar im Berliner Sportpalast auf einen Schwergewichtler treffen, der ihn schon darüber Widerstand leisten kann. Gähring, der Mann mit der idealen Weltmeistersfigur, kann besser boxen als Bouquillon und wird sicherlich vorsichtig genug sein, um nicht Carnera gleich in die Falle zu laufen.

kleine Sportnachrichten.

Fußballkampf Österreich - England.

Der bereits für diesen Winter geplante Fußball-Völkerkampf zwischen Österreich und England wird nunmehr im November oder Dezember auf englischem Boden ausgetragen werden. Einzel dagegen den Beschluss fügte der Vorstand des englischen Fußballverbandes. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, dass die englische Völkerkampf in diesem Jahre auf dem Festlande kein Spiel anstrebt.

Sobek längere Zeit wienfunkfähig.

Herrho-OSC trat am Sonntag zum Meisterschaftsspiel gegen Wedding ohne Sobek an, der wahrscheinlich wegen eines Muskelrisses längere Zeit pausieren muss. In der Elf des deutschen Meisters klappte es aber trotzdem glatt, wie der 6:1-Sieg gegen Wedding erkennen lässt.

Die Wahl konnte nicht schwer fallen.

Dr. Baumens, wohl der begehrteste europäische Fußballschiedsrichter, batte für den 14. Februar drei Einladungen erhalten. Der Kölner sollte Holland gegen Belgien in Amsterdam, Italien gegen die Schweiz in Neapel oder Südfrankreich gegen Norditalien in Antibes leiten. Baumens hat die Reise nach Italien vorgezogen.

Bericht über den Schlachtwiehmarkt am 28. Januar 1932 zu Dresden.

Schlachtwiehgattung und Wertklassen	Preis-	Preis-
	Stellung	Gewicht
A. Rinder:		
1. Vollf., ausgemästet, höchsten Schlachtw.	21,00 - 27,50	21,00 - 27,50
2. sonstige vollfleischige	21,00 - 28,50	21,00 - 28,50
3. fleischige	15,00 - 17,00	15,00 - 17,00
4. Geringe genährte	16,00 - 18,00	16,00 - 18,00
B. Küthen (Küstrieß 22 Stück):		
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes	11,70 - 11,80	11,70 - 11,80
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	6,60 - 6,70	6,60 - 6,70
3. fleischige	12,50 - 12,60	12,50 - 12,60
4. geringe genährte	-	-
C. Schafe (Küstrieß 8 Stück):		
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes	11,70 - 11,80	11,70 - 11,80
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	6,60 - 6,70	6,60 - 6,70
3. fleischige	-	-
4. geringe genährte	-	-
D. Ziegen (Küstrieß 5 Stück):		
1. vollfleisch., ausgemästet höchsten Schlachtwertes	180 - 190	180 - 190
2. sonstige vollfleischige	175 - 180	175 - 180
E. Rinder (Küstrieß - Stück):		
mäßig genährtes Jungvieh	-	-
F. Rüder (Küstrieß 68 Stück):		
1. alte Weidemänner und jüngere Weidemänner	88 - 91	64
2. mittlere Weidem. und Saugländer	84 - 87	60
3. geringe Rüder	80 - 83	58
G. Schafe (Küstrieß 67 Stück):		
1. alte Weidemänner und jüngere Weidemänner	-	-
2. Stallmaß	-	-
3. mittlere Weidemänner, ältere Weidemänner und ausgewachsene Schafe	-	-
4. heiliges Schafisch	-	-
5. geringe genährte Schafe und Lämmer	-	-
H. Schafe (Küstrieß 86 Stück):		
1. Getschweine über 800 Pf.	40 - 41	51
2. vollfleischige Schafe von 240 - 800 Pf.	38 - 40	50
3. vollfleischige Schafe von 200 - 240 Pf.	37 - 38	50
4. vollfleischige Schafe von 180 - 200 Pf.	35 - 36	49
5. vollfleischige Schafe unter 180 Pf.	-	-
6. heiliges Schafisch	-	-
7. Schafe	-	-

Überstand: 10 Kühen, 10 Küthen, 8 Rüde außerdem 7 Rüder, 112 Schafe. Geschäftsgang: alles gleichzt.

Sicherheit.

Wir die sämtlichen Gewerbeverwaltungen und die Polizeiverordnungen bei Weites und der sämtlichen Sicherung von besonderer Bedeutung, da durch sie mehrere wichtige Verbesserungen mit sofortiger Wirkung erfordert werden. Die Verlagsbuchhandlung C. Heinrich, Trebbeln-N. G. Meine Weihner Seite 4, bringt die neuen Bestimmungen gerade zur rechten Zeit in einem Heft zum Preise von 80 Pf. als Nachtrag an der von ihr herausgegebenen täglichen Gemeindezeitung. Der Nachtrag ist so gehalten, dass er auch für jede andere Ausgabe der Gemeindezeitung Verwendung finden kann. — Für jeden Verwaltungsbüro ist der Gewerbe des Nachtrages von großem Wert und unbedingt erforderlich.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Gehalte und Oeffnungspreise pro 1000 kg, jant pro 100 kg in Reichsmark

	27. Januar	28. Januar
Weizen, männlicher,	234,00 - 236,00	235,00 - 237,00
per Dezember	-	-
per März	248,25 - 249,00	250,50 - 251,00
per Mai	257,50 - 258,50	259,50 - 260,50
	Tendenz: fest	fest
Roggen, männlicher,	197,00 - 199,00	195,00 - 197,00
per Dezember	-	-
per März	206,75 - 208,00	204,00
per Mai	212,00 - 211,20	209,00
	Tendenz: festig-matt	matter
Gerste, Braunerste,	158,00 - 168,00	158,00 - 168,00
Butter- und Industriegerste	158,00 - 158,00	158,00 - 158,00
Wintergerste,	-	-
	Tendenz: ruhig	ruhig
Hafer, männlicher,	139,00 - 147,00	138,00 - 147,00
per Dezember	-	-
per März	161,00	160,50 - 169,50
per Mai	168,50 - 169,00	167,00
	Tendenz: ruhig	ruhig
Weizenmehl	28,25 - 32,00	28,25 - 32,25
Woggenmehl per 100 kg, fr. Berlin,	-	-
br. incl. Sac (feinsten Marken	-	-
über Notiz)	27,25 - 29,50	27,25 - 29,40
Woggenmehl frei Berlin	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00
Woggenmehl frei Berlin	9,60 - 10,00	-
Raps,	-	-
Leinöl,	-	-
Vollkornbrot	21,00 - 27,50	21,00 - 27,50
kleine Speiseflocken	21,00 - 28	



Reichswehrminister Greener als Vater.
Reichswehr- und Reichsmarineminister General Wilhelm Greener als glücklicher Familienvater mit seiner Gattin und seinem knapp ein Jahr alten Söhnchen Ruthart Wilhelm.

Bild unten.

Millionen fordern die Ausrüstung.
In Berlin werden gegenwärtig Räumlichkeiten gesammelt, die zur Ausrüstungsanstalt nach Westen gleichstehen und die die Ausrüstung aller Länder, nicht nur Deutschlands allein, fordern. Die Sammlung der Listen wird im Shell-Haus durchgeführt, wo täglich Hunderte erscheinen, um auch ihren Friedenswillen einzugeben.



Jugend im Schnee

Komödie von H. J. Freiherr von Reichenstein.
Copyright by Carl Dümker Verlag, Berlin W. 62.

1. Vorstellung.

Nachdruck verboten.

Herr Dürrens Vater stammte aus engen Verhältnissen. Er war in Rathen als Sohn eines kleinen Uhrmachers geboren worden.

Es ist gewiss interessant, aber oft müdig, nachzuspüren, warum ein bedeutender Mann bedeutend wurde. Man wird zumeist auf mehr oder minder geistvolle Vermutungen angewiesen sein.

Tatsache ist jedenfalls, daß der kleine Uhrmachersohn in den langen Stunden, in denen er dem Vater zuhause und durch allerlei Handreichungen half, Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit von selbst in sich aufnahm. Nie jedoch kam ihm der Gedanke, das Gewerbe des Vaters zu übernehmen. Das Schwinden der Schärfe infolge der kniffligen Arbeit schreckte ihn ab.

Eher regten seine Phantasie die Erzählungen der Mutter aus ihrem versloffenen Händlerdasein an. Von ihr lernte er auch wohl die erste bescheidene und für das Leben so wichtige Technik des Geldverdienens.

Die häusliche Armut spürte er wohl, aber sie drückte ihn nicht. Sie öffnete ihm nur die Augen. Wenn er auf Besuchsgängen für den Vater zuweilen in wohlhabende Häuser kam, so verbitterte ihn das nicht, sondern es trüpfelte ihm die Unruhe des Verlangens ins Blut. Überraschend schnell flärtete sich in diesem Knaben die Begierde, und er war wendig und zäh genug, um sofort und ohne Umschweife auf ein einmal erkanntes Ziel loszugehen. So sah er es durch, daß die Eltern ihn von der Volksschule fortnahmen und ins Gymnasium taten. Verner wollte er, wissen, was im Leben gespielt wird.

Nachdem er sich in den neuen Verhältnissen zurechtgefunden hat, nahm er sein kleines Schätzchen wiederum selbst in die Hände. Er singt an, seinen Altersgenossen, die weniger gut fortzamten, Stunden zu geben. Damit verdiente er allmählich seinen gesamten Unterhalt, sein eigenes Wissen schlägt sich ganz von selbst, und in den Bürger- und

Weinhäusern lernte er Umgangsformen und weitete den Blick.

Den beschiedenen Gemütern der Eltern war dieser Aufzug des Sohnes eher unheimlich als erfreulich. Immer wieder mahnten sie: „Schuster bleibt bei deinen Leisten“ und „Hochmut kommt vor dem Fall!“ Immer wieder verlängerten sie, ihn in eine Lehre zu geben, wo er ein schlichtes Handwerk lernen könnte. Doch der junge Mensch hielt durch. Erst nach dem Abiturium gab er nach und ließ sich in einer Drogenhandlung sedieren.

Aber er war für die Enge bereits verdorben. Nach einem knappen Vierteljahr brannte er durch.

Trotzdem war diese Zeit nicht verloren gewesen. Sie hatte ein tiefes Interesse für Drogen und Chemikalien in ihm geweckt. Durch seinen alten Gymnasialdirektor ließ er sich eine Freistelle erwirken. Er ging nach Berlin und studierte Chemie. Auch hier verdiente er sich seinen Lebensunterhalt durch Stundenlehrer. Nach dem Examen arbeitete er noch einige Zeit als Assistent bei seinem Professor. Dann brachte ihn dieser mit Vorteil in der Industrie unter. Die Eltern waren inzwischen gestorben, ohne die alte Sorge um den Sohn zu verlieren.

Die Zeiten waren damals günstig. Deutschland befand sich auf dem Gipfel seiner Macht, und die Industrie dehnte sich gewaltig aus. Eines Tages wagte der junge Dürren den Sprung und machte sich als Vertreter von chemischen Fabriken selbstständig. Nach zwei Jahren hatte er bereits soviel zurückgelegt, daß er in einem großen Schuppen eine eigene Fabrikation aufnehmen konnte. Seine ersten Artikel waren Soda und eine neue von ihm selbst erfundene Haushaltshilfe, die bald sehr beliebt wurde. Aus diesen bescheidenen Anfängen entwickelte er im Laufe der Zeit sein großes und bedeutsames Werk.

Dürren ist stets seine eigenen Wege gegangen. Die immer größer werdenden Chemiekonzerne haben sich sehr um ihn bemüht. Er hat ihnen in aller Höflichkeit und mit gutem Humor geantwortet, daß er bei allem Respekt vor soviel Geld, persönliche Tüchtigkeit selbst in heutiger Zeit noch für höher halte, als den größten Konzern. Und Dürren redet niemals nur so daher. Er weiß genau, was er sagt. Seine eigenartige Antwort ist seinerzeit in der ganzen Industrie bis weit über die Landesgrenzen erörtert worden.

Dürren hat verhältnismäßig spät geheiratet, obgleich er durch seine Professoren, durch die Eltern seiner Schüler und später durch seine Chefs Eingang in die besten Kreise fand. Er hatte einfach keine Zeit zum Heiraten. Seine Frau hat auch heute nicht viel von ihrem Mann. Trotzdem ist die Ehe besonders glücklich. Den einzigen Vorwurf, den Dürren seiner Frau macht, ist, daß sie zu nachsichtig gegen ihren Sohn sei.

Diesen selben Vorwurf macht übrigens Frau Dürrn ihrem Manne gleichfalls und mit demselben Recht. Dürrn ist in den Fehler versunken, den die meisten Menschen begangen, die eine harte Jugend hinter sich haben. Er hat seinem einzigen Kinde das Leben zu leicht gemacht.

Herbert Dürrn wandte die Augen von der Landstraße ab, um ins Hotel zurückzugehen. Es war Zeit zum Umkleiden für das Essen. Das fühlte er, daß seine gewohnte Selbstsicherheit ihn verlassen hatte. Er hatte plötzlich nicht mehr den Mut, die Tür zu öffnen und in die Halle zu treten. Er schalt sich einen Narren. Aber er fürchtete sich zugleich vor den Blicken des Portiers und Empfangschefs. Denn wenn der Vater in Oberhof ankam und eine Stunde später bereits, ohne sein Sohne geleitet zu werden wieder abfuhr — das sprach sich im Augenblick im ganzen Hotel herum. Herbert leute die Fragen seiner Bekannten.

Einen Moment zauderte er noch, dann warf er sich auf dem Abhang herum, stieg die vereisten Treppenstufen hinauf und wanderte ohne Ziel und Ziel die Landstraße entlang.

Aber das Wandern brachte ihm keine Befreiung. Je mehr er sich vom Hotel entfernte, desto unsicher wurde er mit sich. Er verwünschte seine Feigheit und wäre ums Haar abermals zurückgekehrt, nur um sie überhaupt etwas zu unternehmen und zu entscheiden, ließ ihn in der einmal angefangenen Bewegung verharren.

Die große Chaussée wurde ihm bald zu befreit. Er mußte mit sich allein sein. Denn er wußte wohl, daß etwas mit ihm geschehen war. Aber sein Leben war bisher zu satt und selbstverständlich verlaufen, als daß er ohne weiteres hätte begreifen können, was.

Herbert hatte sich noch so wenig mit Problemen herumgeschlagen, daß er nicht einmal wußte, wie man im prakti-



Der Berliner Bierstand vor Gericht.

Am Freitag beginnt im kleinen Schwurgerichtssaal in Berlin-Moabit der Prozeß gegen die früheren Generaldirektoren der Schultheiss-Pagenhofer-Brauerei wegen Prospektbetruges und Bilanzverschiebung. Die Hauptangeklagten sind (von links, oben) Pagenhofer, Rudolf Funke — (unten) Dr. Walter Sövernheim — Erich Penglitz.



Ein neuer Sport: Segelwagen.

Ein Berliner Ingenieur hat jetzt dieses Fahrzeug auf der Autorennbahn in Berlin-Grunewald vorgeführt. Es besteht aus einem leichten Gestell und einem großen Segel. Der „Segelwagen“ hat bei Berlinen bereits Geschwindigkeiten von 100 Stundenkilometern erreicht.

Bild links



Durch Kaugummi geworden.

Der Erfinder des Kaugummis, der Amerikaner William Wrigley, ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Wrigley hat mit seinem Kaugummi durch geschickte und großzügige Reklame in der ganzen Welt ein Vermögen von über 35 Millionen Dollars verdient.

Bild darunter:



Englisches U-Boot mit 54 Mann gesunken.

Das englische Unterseeboot „M 2“, das zu einer Übungsfahrt von Portland ausgetragen war, ist nicht in seinem Heimathafen zurückgekehrt. Seeschiffe und Taucher wollen an der Stelle, wo man das gesunkene Schiff in 31 m Tiefe vermutet. Das Boot hatte eine Wasserverdrängung von 1890 Tonnen und besaß einen Startplatz für ein Wasserflugzeug. Ein Schwesterschiff des vermissten Unterseebootes, „M 2“, ist im Jahre 1925 im Kanal gesunken, wobei die gesamte Besatzung von 68 Mann den Tod fand.

Aus dem Landtag

Der Haushaltsausschuss des Sächsischen Landtages nahm Mitteilungen des Finanzministers Dr. Hedin über den Staatshaushaltsposten für 1932 entgegen. Der Minister hob hervor, daß die diesjährige Haushaltssitzung besonderen Schwierigkeiten begegne, da sich infolge der häufigen Verschiebungen und Schätzungen im Steuer- und Abgabewesen kein klares Bild ergebe. Die neuesten Schätzungen der Reichsregierung offenbarten weitere Sanktionen der Steueraufkommen. Der Etat werde in absehbarer Zeit dem Landtag vorgelegt werden können, doch hätten die Etatzahlen nur problematischen Wert. Das Kabinett habe sich entschlossen, den Etat erst dann dem Landtag zu unterbreiten, wenn vom Reich genauere Zahlen über die Steueraufkommen genannt werden könnten. Der Ausschuß einigte sich dahin, in etwa Monatsfrist weitere Mitteilungen der Regierung entgegenzunehmen und später bei Beratung des Rechenschaftsberichts für das Jahr 1930 die allgemeinen Staatsfinanzen zur Erörterung zu stellen.

Der Auschluß berief weiter über notwendige staatliche Hilfen an die sächsische Gebirgslandwirtschaft, die im letzten Herbst unter Witterungsschäden schwer gesitten hat. Einlippig beobachtet des Auschusses, die Regierung zu ermächtigen, dort, wo infolge der Witterungsschäden aus dem vorigen Jahre staatliche Hilfen unerlässlich sind, diese zu gewähren.

Der Haushaltsausschuss B des Landtags behandelte mehrere Anträge, die sich auf Hochwasserforschung machen und auf den Bau von Talsperren bezogen. Der Ausschuss beschloß einstimmig, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf beschleunigte Überweisung von Mitteln zur Förderung des Baues von Talsperren im Ostsiedlungs- und Müglitztal vorstellig zu werden. Hierzu vorliegende zahlreiche Eingaben wurden der Regierung zur Erwagung überwiesen.

Geblich Rarität über die 21528-Gehälter

In einer gemeinsamen Sitzung der Haushaltsausschüsse A und B des Landtags machte Finanzminister Dr. H e d r i c h Mitteilungen über die Gehälter der leitenden Direktoren der Aktiengesellschaft Sächsische Werke. Bekanntlich war darüber in der Öffentlichkeit schon sehr viel Unwillen geäußert worden, da bekannt geworden war, daß mit der zunehmenden Bedeutung der ASW auch die Direktorengehälter eine ungewöhnliche Höhe angenommen haben sollten. Der Finanzminister sprach sein Bestreben darüber aus daß 1924 und auch später noch den Direktoren versprochen worden sei, dem Landtag niemals Mitteilung über ihre Gehaltsbezüge zu machen. Dies sei um so befremdlicher, als bekanntlich sämtliche Aktien der ASW sich im Besitz des Staates befinden. Durch die neuerlichen Verordnungen der Regierungen im Reich und in Sachsen sei die Schwiegerepflicht über die Angelegenheit bis zu einem gewissen Umfang bestiegt worden. Außerdem habe das Gesamtministerium die Ermächtigung zu Auskünften an den Landtag besonders ausgeprochen. Allerdings verhielten sich andere Länderregierungen in ähnlichen Fällen auch heute noch schwergängig.

Bei Uebernahme der Direktoren aus Privatwerken in die A&SW habe es sich um Gehälter gehandelt, die den damals allgemein üblichen entsprachen. Zu festen Bezügen und Dienstaufwandsentschädigungen traten Beteiligung am Gewinn hinzu. Außerdem wurden dann Direktoren in die Organe der inzwischen gebildeten Tochtergesellschaften entsandt, so daß die Gesamteinnahmen der Beteiligenden ungewöhnlich anstiegen. Die Anstellungsoerträge selbst konnten nicht einseitig gelöst werden, da sie auf zehn Jahre fest abgeschlossen waren. 1929 erfolgte nach Angabe des Finanzministers durch freiwillige Uebereinkunft eine Begrenzung der Gehaltsbezüge durch gewisse Staffelung. Die nach und nach eingetretene Herabsetzung der Bezüge um zwanzig Prozent bezeichnete der Minister als ungünstig. Die Verhältnisse in der privaten Wirtschaft hätten nicht immer die besten Beispiele gelesen. So sei die jetzt in der Haupthand mit Reichsmitteln versehene Dresdner Bank unlängst noch zur Einführung eines neuen leitenden Directors mit einem Jahresgehalt

von 100 000 M \bar{R} gefürtten. Wehnliche Gesellschaften wie die NSGK müssen heute noch für lebensreiche Wahlen aufwändig hohe Gehälter. Die Regierung beschäftigte, mit den neuen leitenden Direktoren der NSGK eine Neuregelung ihrer Bezüge zu treffen, wobei auf die Festlegung einer Maximalgrenze und auf die Trennung zwischen festen und variablen Bezügen Wert gelegt werde.

Rüntig werden erhalten: Der erste Generaldirektor 36 000 RDR Gehalt und 6000 RDR Aufwartungsentschädigung, zusammen also 42 000 RDR, mit Gewinnanteilen Rüntig bis zu 60 000 RDR; die beiden anderen Generaldirektoren ein Gehalt von 36 000 RDR mit Gewinnanteilen bis zu 55 000 Reichsmark; ein Direktor 22 000 RDR, mit Gewinnanteil im laufenden Jahr bis zu 35 000 RDR Rüntig nur bis zu 33 000 Reichsmark; ein weiterer Direktor im laufenden Jahr bis insgesamt 30 000 RDR, Rüntig bis zu 25 000 RDR; ein dritter Direktor 16 000 RDR festes Gehalt, mit Gewinnanteilen, Rüntig bis zu 20 000 RDR; zwei Direktoren, die im laufenden Jahre 25 000 RDR bezogen, Rüntig bis insgesamt 20 000 Reichsmark; ein weiterer Direktor bis zusammen 30 000 RDR, und schließlich ein Direktor 10 000 bis höchstens 12 000 RDR.

früher 40 bis 60 Prozent höher gewesen.

Bertelsdiger berichtet Freiliegerdruck Dr. Neubold.

vho. Dr. Deyde. Am Süderer Catmote-Prozeß plädierte am Mittwoch Nachmittagsstunde Dr. H. von Wingeckau Prof. Dr. Deude. Er betonte, die Tatsat des Süderer Urteilsscheides werde von den Kreisfreien Bevölkerungsbezirken Brandenburgs und darüber hinaus mit Erfüllung verfolgt. Die wichtigste Stütze des Urspristes, wo die Verlachen des namen Urteils liegen, sei nicht auffindbar worden. Es müsse also der Satz zur Anwendung kommen: „Im Smeitel für die Wangeklagen“. Prof. Deyde sei damals sehr überzeugt gewesen, daß der V.G.S. unfehlbar, wirkungsvoll und in seinen Eigenschaften erheblich Rang hat. Die Möglichkeit einer Rechtsreinigung des V.G.S., Kulturen im Laboratorium bestellt der Verteidiger. Ganz wandte sich Dr. Idde gegen W. H. Dr. Wenz, der den Verdacht anzuhob. Prof. Deude hätte eine ablichtliche Beimengung menschlicher Bestandteile zum V.G.S. vorgenommen. Dr. Idde erklärte, eine solche ablichtliche Beimengung wäre ja Mordmord gewesen aus reiner Mordlust. Einen solchen Verdacht zu äußern, sei eine Handlungswise, die eines deutschen Anwaltts unverträglich ist. Es müsse auch einmal klar betont werden, daß während der ganzen Fütterungsperiode niemals, auch nicht einen Augenblick lang, ein humarer Bestandteile in demselben Brutschrauf stand. In dem die V.G.S.-Kultur aufbewahrt wurde. Prof. Deude sei jetzt der Überzeugung, daß nur ein Mäßigtheit des V.G.S. in die virulente Form als Urtheil des Urteils in Betracht komme. Er habe sich rücksichtlos an seinem wissenschaftlichen Urtheil bekannt und habe erklärt, es trage die Verantwortung allein und auch die Strafe müsse ihn allein treffen, wenn in diesem Urtheil nach Wahrheit des Gerichts eine Fahrlässigkeit liege. Der Verteidiger betont, man könne aber Dr. Deude den Vorwurf der Fahrlässigkeit nicht machen. Er bittet daher, Prof. Deude freizulassen. Nach den Schlukworten des Verteidigers, in denen er Professor Deude als einen Mann schlägt, der sein ganzes Leben dem Dienst an der Menschheit widmete, und sich ganz gegen das Blaiboy von Rechtsanwalt Wenz wandte, erteilte ein spontaner Beifall, lang anhaltendes Händeschütteln und lebhafte Bravo-Rufe ein. Verschiedene Frauen brachen in Tränen aus und ließen Anerkünfte fallen wie: „Heute macht man Stimmung für die Herzen. Sie hätten nur unsere Kinder sehen sollen.“

Die Verhandlung wurde dann auf Donnerstag fortgesetzt.

Eisenbahnräuber rauben 95 000 Zent.

Saarbrücken. (Gunspruch.) Bei der Ausfahrt eines Verlonenwagens sprangen gestern abend auf dem Bahnhof Römerhausen zwei vermummte Schalme in den Bahnpostwagen, hielten den Beamten mit einem Revolver in Schach und räubten einen Postkast mit 95 000 Mark Inhalt. Kurz vor der Einfahrt des Busses in den Bahnhof Saarbrücken brachten die Räuber ab und entkamen.

Beim Nachfüllen von **MAGGI**[®] Würze
verlangen Sie von Ihrem Händler auch

Es gibt für eine Flasche Nr. 0 $\frac{1}{2}$ *Gutschein*

<i>Nr. 1</i>	$2 \times$	$\frac{1}{2}$	-
<i>Nr. 2</i>	$3 \times$	$\frac{1}{2}$	-
<i>Nr. 3</i>	$6 \times$	$\frac{1}{2}$	-

Auch auf andere MAGGI®-Produkte wie MAGGI® Suppen und MAGGI® Fleischbrühe trifft nicht der Gutschein

wen zogen den einzug zu einer Gesamtentfernung findet. Die stinktiv verlangte ihm noch Einlamintheit.

Um Rondel, wo bei einem alten Gedenkstein die großen Thüringer Waldstraßen sich kreuzen, verlor er das Ge-triebe der Autos und Schlitten und der zum Mittagessen heimkehrenden Winter-sportler. Er bog rechter Hand in den Rennsteig ein, bis er an einen tief verschneiten Waldweg kam. Eine einzige, halbverwehte Spur kennzeichnete ihn. Stille ruhte zwischen den Tannen. Herbert watete die Spur entlang. Die Anstrengung tat ihm gut. Über sie zog sich ein langer Schleier.

Rechts stieg der Hang zum Gipfel des Schützenberges hinan. Hart links vom Wege fiel das Gelände steil zum Pfannental ab. Herbert mochte etwa eine Stunde gewandert sein, da öffnete sich vor ihm die Schlucht. Der schneehangene Wald klaffte auseinander. Ein breiter, an den Rändern vereister Bach sprudelte über weiße Matsen. Weit hinten in der Ebene lag Zella-St. Blasii. Seine Schieferdächer funkelten in der Sonne. Ein hoher Kirchturm stach in den blauen Himmel hinein, und über den Fabrikshallen standen geisterhafte, graublaue Rauchwolken im klaren, ruhigen Frost.

Herbert schaute lange. Als er sich endlich abwandte, lag dicht neben ihm das Gasthaus am Veilchenbrunnen. Da merkte er, daß er Hunger hatte.

„... und die Stadtsparkasse Bremen mit einer Beteiligung von 100 %“.

war plötzlich grau am Hals geworden, daß er vollständig verlassen und auf sich selbst gestellt war.

Herbert Düren war mit raschen Schritten nach Oberhof zurückgekehrt, um sofort seine Koffer zu packen und mit dem nächsten Zuge abzureisen. Als er aber in die Nähe seines Hotels kam, wurde er wanwend. Wohin sollte er fahren? Nach München — um sein Studium wieder aufzunehmen? Das kostete Geld und Zeit. Und da er auf Geld nicht mehr rechnen konnte, hatte er auch keine Zeit mehr zu verlieren. Nein, erst mußte er einen Plan machen. Das Ziel ergab sich dann von selbst.

Oberhof, das er nur in der Saison kannte, war für ihn bisher eigentlich eine Art ewigen Jahrmarktes gewesen. Gewöhnlich gab es Hoteliers, Kellner und Leute, die in kleinen Kramläden Ansichtspostkarten verkauften. Aber sonst — Heute sah er plötzlich ein ganz anderes Oberhof: schwer Lastwagen, von feuchten Pferden gezogen, trudelten die versteifte Landstraße herauf. Rutschter schrien, um die triefenden Schuhe zur leichten Kraftübergabe anzutreiben. Die Wagen waren mit Kohle beladen. Herbert sah, wie Menschenburgen mit frostroten Händen hastigstrotzende Kinder- und Schweiñehäuschen vom Schlitten luden. Er hörte in einem Geschäft die Sorge wegen der langanhaltenden Kälte Kartoffeln und Gemüse erftoren auf dem Transport. Herbert därmte, daß jeder Bissen, den er ab, vor weichher herangeschafft werden mußte. Denn dieses paradiesische Fleisch-Erde war viel zu arm, um seine Bewohner und die Zehntausende von Fremden ernähren zu können, die alljährlich hierherkamen, um Alltag und Sorge, schweigend.

Für Setze von 250000-250000

100. Berlin. Mit dem Schulteich-Brauch, der am Freitag seinen Anfang nimmt, beginnt vor den Wallfahrts-Märchen eine lange Reihe von Kirchtag-Feierlichkeiten, die durch die Zusammenbrüche und Glendale des letzten Monats bestimmt wurden sind. Während der große Oberhof-Brauch noch andauert, sind die Feierlichkeiten und die einzelnen Abteilungen der Wallfahrt mit der Begeisterung der neuen großen Weisheit bestimmt, von denen nicht weniger als zehn in den nächsten Wochen fällig werden. Der Schulteich-Brauch beginnt, wie schon mitgeteilt, am Freitag. Erstes Läutchen wird bereit am Sonnabend vor dem Schulteichöffnungsritus des Brauchs gegen den großen Wallfahrtskirchenraum, bis in den letzten Raum aufzustecken werden sind. Der Brauch zieht sich auch den englischen Staatsanwälten Dr. Gutherz, den Bantler und Doppelheimer und den Rauhmann Galatz. Am 10. Oktober folgt dann der Brauch seines den Wallfahrt Menschen, dem auch nach dem Zusammenbruch seines Ganzbaus Unterholzhausen, Untereich und andere zur See gesetzt wird. Die Feiernde oder Unions-Glocke soll der große Brauch wegen des Schulteich-Glendale beginnen. Die Hauptfeierlichkeiten müssen für die zum 1. November auf die Wallfahrt zukehren. Ein Verbindungsdatum heißt der Brauch wegen des Zusammenbruchs der evangelischen Gemeinschaft, ist wahrscheinlich vor dem Schulteichöffnungsritus zur Verhandlung kommt. Auch das Verfahren wegen des Zusammenbruchs der Bank für Deutsche Wirtschaft, das seit zwei Jahren schwelt, ist jetzt verhandlungsreif. Ein Wohlvernehmen zeigt auch die Verhandlung wegen des Wallfahrt-Glendale werden. Der Brauch gegen den Hauptangestellten Urseloff war schon einmal für Unions-Jänner anberaumt. Er dann aber auf später vertagt worden. Endlich ist ein Brauch wegen des Zusammenbruchs der Bank für Deutsche Wirtschaft und Glendale zu erwarten. Hier handelt es sich um den höchsten Bankdirektor Seiffert und den unzufriedenen Banktagsgeschäftsräten Babendorff.

Rundfunk=Programm.

Archaeol. Rev. 20. January

Berlin—Stettin—Magdeburg.
6.30: *Fünf-Gymnastik*. — Nachstehend: Frühstückspart. —
11.15: Trittagesforscher Arthur Andras und sein Orchester. — Bis
Finstige gegen 12.30: Wettermelddungen. — 14.00: Zum Geburtstag
an Leo Schillinger (Schallplatten). — 15.20: „Sturm auf Ros-
lands Frauengestalten.“ — 15.40: „Frühlingsbete im Gart’n.“
— 16.05: Selbesserung und Schuljugend in Rot.“ — 16.30:
Das Dresden: Unterhaltungskonzert. Die Dresdner Philharmonie.
— 17.30: Hermann Lang (Zum 20. Todestag). — 17.30:
Das neue Buch. Hans Steffen: „Otto Braun.“ — 18.00: „36
Somme loschen aus England.“ — 18.30: Rudolf G. Binding spricht
über Jugend. — 18.55: „Die Fünf-Stunden teil mit...“ — 19.00:
„Stimme zum Tag.“ — 19.10: Neue Unterhaltungsmusik. Wlts
Bochernegg und sein Orchester. — 19.55: Mitteilungen des He-
rbeitsamtes. — 20.00: Deutsche Uraufführung der Urfassung: „Be-
hr's Godunow“, Oper in vier Aufzügen von M. Mstislawski. —
Während einer Pause: Tages- und Sportnachrichten. — Nach-
stehend: Seitensage u. v. — Danach ab 21.15: Das der „Rosen-
Bell“: Rabarett- und Schlagerabend.

Königswarterhausen

6.30: **Gymnastik**. — Einübung die 6.15: **Brückengang**. — Während einer Pause 6.45: **Wetterbericht**. — 10.10: **Schulverschöpfel von Troja** (Hörbild von Hans Küfer). — 10.34: **Neueste Nachrichten**. — 11.30: **Lehrung für praktische Zusammenarbeit**: **Überzeugung und Pflege der Jugendlichen sowie der jugendlichen Eltern**. — 12.00: **Wetterbericht**. — **Einübung**: **Schulabschlussklausuren**. — **Einübung**: **Wiederholung des Wetterberichtes**. — 13.30: **Neueste Nachrichten**. — 14.00: **Konzert**. — 15.00: **Sternwachstunde**: **"Ein Silberbogen aus Dorgings Leben"**. 15.30: **Wetterbericht**: **Börsenberichte**. — 15.40: **Jugendstunde**: **Untersuchungen zum Bau einer kleinen Wetterwarte**. — 16.00: **Wissenschaftlicher Gang**: **Besuch in einem Schülerübungsräum**. — 16.30: **Übertragung des Nachmittagskonzertes** Leipzig. — 17.30: 4 Kapitel **Sternwachstunde**. — 18.00: **Volkswirtschaftskunst**. **Volkswirtschaftliche Entwicklung des deutschen Hochwirtschafts**. — 18.30: **Jahres wirtschaftliches Geschehen**. — 18.55: **Wetterbericht**. — 19.00: **Eröffnungsrede** **Wortrag der Kerze**. — 19.30: **Gebude des Arbeitseinsatzes**: **Arbeitseinsitzer**. — **Einübung**: **Berliner Programm**.